INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Nr. 434

16. Oktober 1997

Hi,

auch wenn das Cover anderes suggeriert: "Die Legende von Paul und Paula" gibt es in dieser Ausgabe nicht zu lesen.
Vor einigen Wochen hatten wir ein Papier dieses Titels mit Bitte um Veröffentlichung erhalten, das sich grundsätzlich mit Fragen von Identitätspolitik, Feminismus, (szeneinterner) Zensur und der sog. Sexualitätsdebatte beschäftigt. Dabei wird exemplarisch der Umgang mit dem entsprechenden *Arranca!*-Heft durch die FrauenLesben des Hamburger *Schwarzmarkt* kritisiert.
Wir hatten so unsere Schwierigkeiten mit dem Text, angefangen bei seiner epischen Länge von 27 Seiten, die ihm einen ziemlich exklusiven Status im Rahmen dieses Blättchens verschafft. Wir finden, daß er einige interessante und oftmals eher unter der Hand diskutierte Fragestellungen anspricht. Bei uns hat er kontroverse Debatten ausgelöst, und das ist eigentlich auch das, was wir uns im Rahmen dieser Zeitung wünschen. Wir entschieden uns daher, ihn zu veröffentlichen, zusammen mit einem kürzeren Papier von uns, das sich kritisch zu manchen der inhaltlichen Punkte äußert und nicht zuletzt den Argumentationsstil in Frage stellt.
Schon vor der Veröffentlichung gab es von verschiedenen Seiten Kritik in unterschiedlicher Schärfe und mit abgestuften Vorbehalten, diesen Text überhaupt zu veröffentlichen. Wir teilen zwar die Einschätzung, daß die Auseinandersetzung mit Feminismus bei Paul und Paula (zumindest an vielen Stellen) denunziatorisch geraten ist, halten aber eine Nichtveröffentlichung für grundsätzlich falsch. Unter anderem erreichte uns ein Brief von FrauenLesben, die ein Papier dazu erstellen wollten. Wir sind gespannt auf Euren Text und haben uns zunächst einmal entschieden, die Veröffentlichung zurückzustellen. Wir möchten Euch aber bitten, uns Euer Papier in den von Euch erwähnten nächsten vier Wochen zukommen zu lassen, um dann eine gemeinsame Ausgabe zu machen.
Etwas unglücklich über das mittlerweile offensichtliche Informationsgefälle (einige haben den Text schon gelesen, andere aber keinen Zugang dazu) haben wir uns entschlossen, den Text vorab schon einmal in den Ordner zu packen.

Zu den Aktionen am 3.10. kursieren eine Menge Gerüchte, Halb- und Unwahrheiten. So wollte sich anscheinend in der Sendung Stadtgespräch auf TV Berlin ein jüngerer Typ telefonisch mit seiner angeblichen Beteiligung an der "Kaisers"-Aktion profilieren. Wir wollen Euch wie immer in solchen Fällen auffordern: Haltet das Maul und tretet Gerüchten entschieden entgegen.

Schön: Das Layout so manches Papiers, das Ihr uns zugeschickt habt. Wir hoffen, daß der Druck nicht alles verschluckt.
Schade: Selbst von der Mainstream-Presse ausführlich behandelt, fanden Che und der Tod der Stammheimer Gefangenen am 18.10. in dieser Ausgabe keinen Niederschlag.

Bis dann!

Eure Is

Herausgeberin:
Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Gehalt:

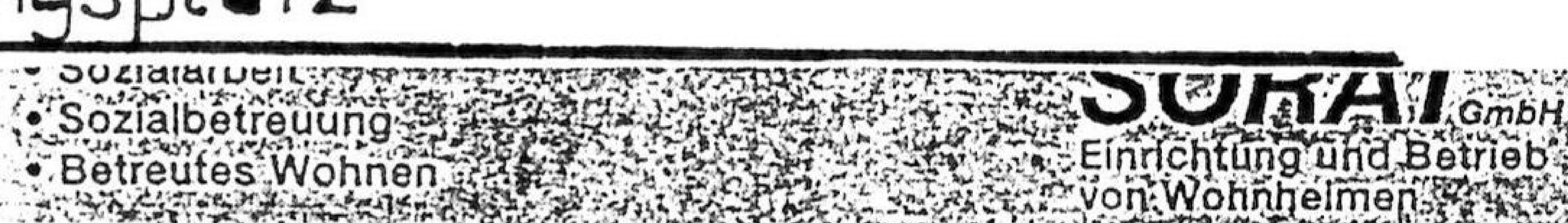
Geordnet:

Die Legende von Paul und Paula
Atomtransporte Krümel
Aktion zu DVU in München
Solidarität mit Flüchlingen in NRW

AUSBILDUNG HER ! SON'S KNALLT'S !

wir freuen uns an dieser stelle mitteilen zu können, dass wir in der nacht vom 2. auf den 3.10. alle bei opel gillwald-prinzessinnenstr. zur schau gestellten neuwagen erheblich beschädigt haben. während wir hier im kiez unter permanent schlechter werdenden lebens-verhältnissen zu leiden haben, maximieren die einheitsgewinnler ihre profite. auch opel gillwald weigert sich den arbeitslosen jugendlichen aus dem kiez ausbildungsplätze zur verfügung zu stellen. wir greifen deshalb die losung der Jusos auf: "wer nicht genügend ausbilded wird bestraft !"
präventiv weisen wir daraf hin, dass wir uns ansonsten gezwungen sehen - sollte diese praxis fortgesetzt werden - ausbildungsplatz-abgaben einzutreiben.
gegen umstruckturierung .
kampf dem hauptstadtwahn

kreuzberg bleibt kreuzberg



Von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sind wir beauftragt worden, für Asylbewerber ein flächendeckendes Verfahren zur Weiterentwicklung des Sachleistungsprinzips zu organisieren. Vorgesehen ist vorübergehend die Ausgabe von Warengutscheinen mit Abrechnung über ein Belegsystem für Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs (z. B. Hygieneartikel) durch den Lebensmitteleinzelhandel bzw. von Handelsketten. Längerfristig ist die Umstellung auf ein Chip-Kartensystem geplant.

Hierzu werden zum 1. Oktober 1997 im gesamten Berliner Stadtgebiet Lebensmitteleinzelhändler bzw. Lebensmittelhandelsketten gesucht, die bereit sind, sich an diesem Verfahren zu beteiligen.

Bewerbungen richten Sie bitte umgehend - vorab vorzugsweise - per Telefax an Fa. SORAT GmbH, Einsteinufer 63 - 65, 10587 Berlin, Fax-Nr. 347 86 191.

r haben am 3.10.97 am Teutoburger Platz eine Kaisers-liale geplündert und zerstört.
.r Absicherung haben wir um den Platz Barrikaden errichtet .d Fahrzeuge in Brand gesetzt.
i den Fahrzeugen achteten wir darauf, nur Typen der oberen 'eisklasse bzw. Firmenwagen zu nehmen.
r verstehen diese Aktion als Warnung an die Tengelmann-uppe (Kaisers, Plus usw.), sich an dem geplanten .rengutschein-Abrechnungssystem für alle 32ooo in rlin lebende Flüchtlinge zu beteiligen.

Der Senat plant - wie oben zu entnehmen- über die Firma Sorat die zwei "Sondersachleistungsstellen" in Kreuzberg und Reinickendorf zu schließen.
(Siehe auch dazu: Anti-Spar Aktion gegen das Spar-Centrallager vor wenigen Wochen).
Stattdessen soll künftig alle Flüchtlinge mit Gutscheinen bzw. Chip-Karten bei Berliner Einzelhändlern bzw. Lebensmittelketten "einkaufen".
Dieser Terror soll den Flüchtlingsdruck auf Berlin mindern ; so drücken die Schweine das aus.
Wie wir aus der Presse erfahren haben, hat sich erst 1(!!) Kette bereit erklärt, sich an diesem System zu beteiligen.
Es ist nicht bekannt welche; wir werden aber diese und die anderen, die aus diesem Dreck Profit ziehen, zur Rechenschaft ziehen.
Der zerstörte Kaisers am Teutoburger Platz macht deutlich, daß dies keine leere Drohung ist.

DAS GUTSCHEINSYSTEM FÜR FLÜCHTLINGE ZU FALL BRINGEN
FREIES Fluten

wir haben uns daran beteiligt das grüne bürgerfest am einheitstag würdig zum abschluß zu bringen, um der geschäftsführung von "kaisers" eine unmißverständliche warnung zukommen zu lassen.

"kaisers" beteiligt sich an den geheimgesprächen zu dem von polizeisenator schönbohm und sozialsenatorin hübner initierten rassistischen projekt, bei dem es nach dem rückzug von "sorat" darum geht die kriegsflüchtlinge weiter zu diskriminieren, indem sie jetzt landesweit gezwungen werden sollen nur noch mit sogenannten gutscheinen und in der entwicklung befindlicher chipkarten ihr dasein über ausgesuchte lebensmittelfilialen zu bestreiten. bei der mehrheit der kriegsflüchtlinge handelt es sich um bürgerkriegsflüchtlinge aus ex-jugoslawien, wo die brd-regierung tatkräftig mit propagandistischer medienhetze, als auch mit waffenlieferungen den bürgerkrieg mit angezettelt hat, um den dann erfolgten bundeswehreinsatz zu rechtfertigen. ebenfalls hauptbetroffene dieser menschenverachtenden, imperialistischen politik sind die kriegsflüchtlinge aus kurdistan, wo die brd-regierung alles unternimmt - waffen- und wirtschaftshilfe, als auch polizei-militärische kollaboration - um den vernichtungsfeldzug der türkischen armee gegen das kurdische volk und die pkk aufrecht zu erhalten!
die staatliche hetze, kontrolle und perfektionierte aussonderung der flüchtlinge per chipkarte in berlin ist als großangelegter feldversuch des senats zu werten, um bei zukünftig verschärften kontrollmaßnahmen dieses menschenverachtende system auch auf alle sozialhilfebezieher/-innen auszudehnen.

bleibt abschließend anzumerken, daß die schäden, die "kaisers" und andere in zukunft erleiden könnten, größer sein werden als der profit mit den flüchtlingen!

p.s. den anwohnern raten wir bezüglich eventuell erlittener materieller schäden - die wir bedauern - sich zwecks schadensregulierung an bürgerkriegssenator schönbohm zu wenden.

nie wieder deutschland - kampf dem vierten reich !

global denken - lokal handeln !

grüße an peter, bernd und thomas im exil !

einheit im antikapitalistischen und antifaschistischen kampf !

für den kommunismus !

autonome gruppen - berlin

Zu der Hohlkopfaktion am Teutoburger Platz in Prenzlauer Berg

Am 03.10.1997 wurden am Teutoburger Platz mehrere Autos abgefackelt, die als Barrikaden benutzt wurden, und der „Kaisers"-Markt ausgebrannt. Die Aktion fand zeitlich unmittelbar nach einem relativ kleinen Platzfest von Bündnis 90/Die Grünen statt. Ein inhaltlicher Zusammenhang (z.B.Bullen räumen Fest, Leute sind sauer und tun was) bestand jedoch nicht. Die abgefackelten Autos waren u.a.ein Wartburg und der Lieferwagen eines Selbsthilfehauses. Sichtbar „dicke Schlitten" konnte ich am nächsten Morgen unter den Autoleichen, die noch am Platz standen, nicht orten.

Es steht zu befürchten, daß diese Hohlkopfaktion von Leuten, die sich als links/linksradikal bezeichnen, durchgeführt wurde.

Die Aktion war brillant geplant und durchgeführt, aber das ist auch schon das einzig positive, was sich dazu sagen läßt. (Dasselbe sagt meine Mami auch zum zweiten Golfkrieg). Ansonsten: Scheiße! Diese Form von Militanz hat für mich mit linksradikaler Politik nichts zu tun.

1. Es hat (zumindest es hat auch, falls die dicken Schlittenleichen vielleicht schon abgeschleppt waren) eindeutig die falschen Autos getroffen.
2. Ich kann nicht sehen, was es an radikalen politischen Veränderungen bringt, wenn die Anwohner/innen zukünftig bei der Konkurrenz von Kaisers zwei Straßen weiter einkaufen müssen. Und die plünderfreudigen Volksmassen waren am Donnerstag abend ja auch nicht zugegen, sodaß auch das Argument, daß Ihr da ganz großartig den Tupamaros nachgeeifert habt, nicht greift.
3. Den Vietnamesen/innen, die seit Jahren am Platz Zigaretten verkauft haben, geht mit dem Abfackeln von Kaisers die Hauptkundschaft verloren. Außerdem sind zumindest z.Zt.soviel Streifen dort unterwegs, daß das Zigarettenverkaufen kaum noch möglich ist. Vor dem anderen Supermarkt geht es nicht, weil dieser an einer Hauptstraße liegt.
4. Ich dachte, es gäbe sowas wie einen Konsens, daß Aktionen direkt wirksam sein sollten und für sich sprechen (z.B.Angriffe auf staatliche Gebäude). Bei Eurer Aktion sehe ich das leider nicht. Warum nicht die Friedrichstadtpassagen? Ich bin gespannt, mit welchen Konstrukten Ihr Eure Aktion nachträglich vermittelbar zu machen versucht. Hoffentlich denkt Ihr dann daran, die Aktion nicht nur szeneintern zu begründen, sondern vor Ort zu vermitteln!

Mit unfreundlichen Grüßen

eine Anwohnerin

SCHLUSS MIT DEM RASSISTISCHEN POLIZEITERROR!

Vor wenigen Tagen wurde die "mobile Revierwache" der Polizei am sternschanzenbahnhof (Hamburg) umgeworfen, demoliert und angezündet!

Diese Aktion ist ein Ausdruck von grundlegendem Widerstand gegen die unerträglich hohe Polizeipräsenz im Schanzenviertel! Zusätzlich wird sie hoffentlich einen Anstoß für eine weitere Auseinandersetzung über die Situation im Stadtteil geben, in welcher diejenigen zueinanderfinden und eine neue Stärke entwickeln können, die sich noch nicht mit Armutsvertreibung, Sicherheitswahn und Rassismus arrangiert haben!

Im letzten Jahr hat sich die Situation im Schanzenviertel katastrophal zugespitzt: Von Kritik und Widerstand weitgehend unbehelligt, versucht sich die Polizei an der Zerschlagung der Drogenszene am Bahnhof, im Park und neuerdings auch in den umliegenden Strassen. Vor allem Schwarzen, aber auch anderen "unerwünschten " Menschen wurde in rassistischer Manier der Kampf angesagt: Wahlweise zu Dealern oder Benuztern illegalisierter Drogen stigmatisiert, sind sie alltäglich von willkürlichen Kontrollen, Verhaftungen, Prügelorgien oder Platzverweisen bedroht. Parallel zu dieser Selbstinszenierung staatlicher Gewalttätigkeit haben sich einige AnwohnerInneninitiativen und Gewerbetreibende zu einem schlagkräftigen Bürgermob formiert. In egoistischer "Betroffenheit" und Selbstmitleid versunken, haben sie sich ein Bedrohungsszenario zurechtgebastelt, welches in Form von Drogen, Elend und Schwarzen scheinbar ihre Wohnidylle, bzw. ihre Verkaufsbilanzen ankratzt. Ohne die Bereischaft, sich mit Gesamtgesellschaftlichen Entwicklunhen und Zusammenhängen zu beschäftigen (steigende Armut, rassistische Formierung und Militarisierung der Gesellschaft, zunehmend aggressive Ausgrenzung von "Randgruppen", usw.), haben auch sie den Kampf gegen Minderheiten und sogenannte "problemgruppen" aufgenommen - in Sicherheitspartnerschaft mit den Knechten des Staates, der z.B. mit seiner Drogen-, Sicherheits- und AusländerInnenpolitik die Zustände täglich neu produziert, gegen die sie sich wenden. Tatkräftig beteiligt an der Herstellung dieser menschenverachtenden "Normalität" im Schanzenviertel, waren und sind diverse bürgerlich-reaktionäre Medien. Von der fast täglichen Berichterstattung der Lokalpresse bis hin zu Talkshows und Dokumentationen im Fernsehen: Mit Lügen, Verdrehungen und Übertreibungen wird eine "Realität" geschaffen, die mit der Wirklichkeit hier nicht mehr viel gemeinsam hat. Die konkreten Probleme werden einseitig aufgebauscht, diffuse Ängste und Vorurteile damit geschürt und bedient,um dann als Sprachrohr des Volkszornes gegen "die Dealer zu hetzen. All dies ergänzte sich aufs Trefflichste mit der widerlicher "Law and order"-Kampagne der Parteien im Bürgerschaftswahlkampf. Das Thema "innere Sicherheit" ins Zentrum gerückt, wurde das Schanzenviertel immer wieder dazu benutzt, die Volksnähe und damit das Stammtischniveau der PolitikerInnen unter Beweis zu stellen.
Das Schanzenviertel ist zum Experimentierfeld rassistischer Sicherheits- und Sauberkeitsideologen in Staat und Bevölkerung geworden. Es ist höchste Zeit, daß sich viele gegen diese Entwicklung stemmen und vielfältigen Widerstand organisieren.
Der "Schicksalsgemeinschaft der Ausgrenzenden" müssen wir die Solidarität mit den Ausgegrenzten entgegensetzen!
Ein Teil davon muß sein, daß die Polizeipräsenz im Schanzenviertel kritisiert und zurückgedrängt wird.

Gegen Spritzen auf Spielplätzen hilft nicht der Kontaktbereichsbeamte, sondern die Stadtreinigung und eine Legalisierung von Drogen!
Gegen Angst vor den "Anderen" hilft nicht Polizeigewalt und Vertreibung, sondern Kommunikation!
Gegen Sexismus hilft keine uniformierte Männerhorde!
Gegen unerträgliche Lebensverhältnisse hilft nicht das Treten nach "Unten", sondern organisierter Widerstand!

DIE STADT GEHÖRT ALLEN !!!

Frauen! Lesben!

Geschichte wird gemacht – es geht voran?!?



Da stehen sie nun, die beiden Glücklichen und fragen sich, was tun?

„...daß wir FrauenLesben wieder zu einer öffentlichen Diskussion über Ziele und Wege militanten Frauenwiderstands und zu einer stärkeren Organisierung finden"

Rote Zora

Kommt massenhaft und bringt Eure Ideen mit!
FrauenLesben-Vollversammlung
Sonntag 26.10.1997 14Uhr im EX/SFE (Mehringhof)
Mit Film, Life-Musik, Kaffee, Tee und Kuchen

Etwas Bewegung kann nicht schaden!

zu der durchsuchung u.a. wegen „der wurfanker"

am 17.9.97 tauchten auf antrag der staatsanwaltschaft lüneburg lka-bullen in einem bekannten berliner infoladen auf. dabei wurden zwei räumlichkeiten durchsucht. begründung : *„Anleitung zu Straftaten seit 1.3.97 in Lüneburg mittels der Broschüren „Wurfanker" und „Notwehr – Sabotage im Namen der Erde""*.

wir melden uns zu wort, weil wir damals die nullnummer des wurfankers-linksradikales anti-akw-info- gemacht und in den umlauf gebracht haben. letztes jahr wollten wir eine ini starten, um ein forum für linksradikalen und militanten anti-akw-widerstand eventuell schaffen zu können, haben es über diese nullnummer hinaus aber nicht hinbekommen, eine struktur aufzubauen, die ein solches ziel ermöglicht hätte. trotz allem scheint „der wurfanker" registiriert worden zu sein, so unter anderem im vs-bericht zu „Linksextremistischen Bestrebungen im Rahmen der Anti-Castor-Kampagne" und bei der staatsanwaltschaft.

was für stress sonst noch abgegangen ist, wissen wir nicht, hoffen aber, daß die schweine ins leere laufen.

nach wir vor fänden wir es klasse, wenn ein solches forum geschaffen werden könnte, in dem nicht nur inhaltliches und anleitungen zu finden sind, sondern ein klares linksradikales, antipatriarchales und radikalökologisches selbstverständnis existiert und vermittelt wird.

vielleicht schaffen wir alle das ja...

denkt nur noch dabei an anna und arthur, die nicht nur das maul halten, sondern auch wissen, daß repression auch den anti-akw-widerstand betrifft !

packen wir`s !

autonome akw-gegnerInnen vom „wurfanker"

p.s.: noch ein paar worte zu der broschüre „notwehr – sabotage im namen der erde" : diese enthält war praktische anleitungen und ähnliches, nur verstehen wir unseren widerstand nicht als sabotage im namen der erde bzw. der theorie des „speziezismus" einiger tierrechtszusammenhänge, die mensch und tier auf eine stufe stellen und somit ökofaschistisch argumentieren. wir möchten also nicht mit dieser broschüre in einen zusammenhang gestellt werden !

Wer sind WIR, was WOLLEN wir, wie kommen wir DAHIN?

Wir haben uns auf dem 2. Juni Kongress 1997 im Mehringhof getroffen, um über die Politik der Guerillagruppen in der BRD und Westberlin zu sprechen. Im FrauenLesben Workshop war das Interesse an der Geschichte groß, noch größer aber war die Unzufriedenheit über unsere aktuelle Situation. Bei nachfolgenden Treffen mit weniger Frauen wurde eine Idee aus dem Workshop - mit vielen Frauen zusammenzukommen, uns kennenzulernen und auszutauschen, zu streiten und uns zu koordinieren, - wieder aufgegriffen.

Mit der Parole im Kopf „Gemeinsam sind wir stark" irren wir einzeln rum, verzetteln uns in unseren Kleinst-FrauenLesben-Gruppen in der immerwährenden Polit-Perspektiv-Diskussion, arbeiten zu bestimmten Themen, ohne nur den blassesten Schimmer davon zu haben, ob das in der Stadt noch eine andere tut.

Wir bleiben getrennt in „wir" und „ihr", wobei das „wir" immer kleiner wird. Wir, das heißt radikale Frauen und Lesben in Berlin, sind getrennt in proletarische und Mittelschichtsfrauen (Klassenunterschiede), Migrantinnen und Deutsche (Rassismus), aber auch in Lesben und Heteras und in Ost- und West-Frauen und in alt und jung, und und...

Was spaltet uns ? Was unterscheidet uns? Was könnte eine gemeinsame Grundlage sein, um unsere Stärke wiederzuentdecken?

Denn: Es gibt viele Gründe sich zu trennen, aber noch viel mehr, wieder verstärkt nach Gemeinsamkeiten zu suchen.

· Es gehen nicht alle unter einen Hut. Bei allen Versuchen, rigide Abgrenzungen zu überwinden, gelingt es bis jetzt nicht, Unvereinbares zu identifizieren und unsere Position zu klären; zurück bleiben diffuse, ungreifbare Widersprüche, in Nebel verborgen.

Tatsache ist, daß das Wissen, die Erfahrungen und die Fähigkeiten von Frauen und Lesben groß sind, aber es ist auch eine Tatsache, daß diese Schatztruhe brach liegt, da wir nicht mehr kommunizieren und somit die Chance, voneinander zu lernen, nicht mehr nutzen.

Nicht Friede, Freude, Eierkuchen, - sondern die Erarbeitung von politischen Positionen und die Ermutigung zu streiten, Kritik zu äußern oder sie anzunehmen, Konflikte auszutragen und auszuhalten und differenziert gemeinsam weiter zu kämpfen, darum geht es uns.

Auf keinen Fall über den eigenen Tellerrand blicken?

Wir laufen immer wieder Gefahr, in unseren Beziehungen, WGs, AGs, in unseren persönlichen und politischen Auseinandersetzungen bürgerliche Strukturen zu reproduzieren. Auch unter uns spielen Konkurrenz, Machtgerangel, abgeschlossene Cliquenbildung, Profilierungsdrang ... eine Rolle. Der Kampf um eine befreite Gesellschaft ist untrennbar verbunden mit der Veränderung von uns, von unseren Strukturen und Beziehungen. Haben wir das vegessen?

Viele von euch denken jetzt bestimmt: „Was für eine Moralpredigt!"

Aber wie sieht es denn aus in unseren Zusammenhängen, wenn viele sich nicht trauen, Fragen zu stellen und ihre Position einzubringen? Statt anziehend, Wärme ausstrahlend, für alle Interessierten offen zu sein, haben wir eine Atmosphäre geschaffen, in der Angst und Kälte, Tabus und Abgrenzung triumphieren. FrauenLesben-Gruppen sind kaputtgegangen, nicht nur weil wir nicht mehr wußten wie weiter, sondem auch, weil die Beziehungen untereinander unausstehlich wurden. Wir werden nicht darum herumkommen, uns mit diesen Mechanismen und Strukturen auseinanderzusetzen, wenn wir gemeinsam diskutieren und handeln wollen.

Wir wissen, daß es nicht reicht, sich „nur" zum Austausch zusammenzusetzen. Die unzähligen Versuche innerhalb der FrauenLesben-Scene, die mit powervollen Diskussionen anfingen und sich in schleppende lustlose Auseinandersetzungen verwandelten, reichen uns. Auf eine Wiederholung haben wir keinen Bock.

Ohne Praxis keine Organisierung!

Wir wollen mit unseren Träumen ja nicht gleich so hoch greifen - was wir als ersten Schritt umsetzen möchten, ist eine spürbar größere FrauenLesben-Präsenz auf diversen Politikveranstaltungen, d.h. Demos, Kundgeburigen... Statt vereinzelt oder als versprengte Frauenketten in gemischten Demos, wieder: vorbereitete FrauenLesben-Blocks z.B.

Wir bereiten eine FrauenLesben-Vollversammlung vor für Ende Oktober, um mit Euch allen zu diskutieren, ob es einen Bedarf gibt, wie es funktionieren könnte und ob sich eine solche Struktur selbständig tragen kann. Habt Ihr Ideen dazu oder ist das alles schon mal dagewesen und als Idee verbraucht?

Was würden wir gern alles diskutieren!

* Die Geschichte der Berliner FrauenLesben-Bewegung
* Die Geschichte des bewaffneten Kampfes, indem wir Geschichte bearbeiten, Erfahrungen dieser Jahre vermitteln, diskutieren und begreifen, was sich verändert hat.
* Wie können wir als FrauenLesben das Zurückdrängen feministischer Positionen verhindern, dem antifeministischen Rollback in der Scene begegnen, ohne uns thematisch auf dieses Gebiet festnageln zu lassen und unsere Energien daran zu verpulvern? Eine revolutionäre feministische Perspektive entwickeln ...

Wir möchten zwei aufeinanderfolgende Treffen vorbereiten, in denen es um die Geschichte des Widerstandes geht, für ein drittes Treffen werden wir FrauenLesben-Gruppen ansprechen, ihre Arbeit vorzustellen (zu Flüchtlingen, Rassismus, Mexico ~u.a.)

Mit dem Beginn solcher Diskussionen die sowohl Gruppen als auch Einzelnen die Möglichkeit geben, einzugreifen und sich zu verorten, erhoffen wir uns auch eine Vernetzung unter uns.

Wir können uns vorstellen, einen solchen Prozess anzukurbeln, aber auf keinen Fall wollen wir die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung auf einen längeren Zeitraum allein tragen.

zu dem leserinnenbrief (4.9.97) zu der vergewaltigung in der tierrechtsszene

es war eine vergewaltigung!!
und zwar genau deshalb, weil es für die betroffene frau eine war.
niemand außer ihr kann festlegen, ob SIE vergewaltigt worden ist oder nicht. kein mann und auch keine andere frau.jeder mann muß die grenzen der frau, mit der er gerade zu tun hat, respektieren und sie einhalten.es gibt keine objektiv richtigen normen für sexualität, auch wenn immer wieder versucht wird, solche aufzustellen. jede frau darf und kann selbst bestimmen, was sie möchte und was eben nicht.in dem beschriebenen fall wurden diese grenzen offensichtlich massiv überschritten, es ist deshalb eine vergewaltigung gewesen. wenn die frau diese öffentlich macht, sollte wirklich nicht über den tathergang diskutiert werden!

daß eine andere frau eine ähnliche situation als lustvoll empfindet, gibt ihr nicht das recht, die betroffene frau als überempfindlich oder männerhassend zu bewerten.
patriarchale herrschaft funktioniert unter anderem deshalb so gut, weil frauen eigentlich immer irgendwelche normen eingebleut werden und sie ihre gefühle, sofern sie eben diesen normen nicht entsprechen, oft selbst als überempfindlich einstufen und sie deshalb ignorieren. das kann frauen kaputt machen; es macht viele frauen kaputt.

indem du dieser frau empfiehlst, eine therapie zu machen, um aus ihrer "traumwelt"(!!) herauszufinden, rätst du ihr, sich den vorgegebenen normen unterwerfen zu lernen, sich anzupassen.
und wem nützt das? wohl nur männern, die sich dann nicht mehr (oder weiterhin nicht) darum kümmern müssen, wie sie mit verschiedenen frauen umgehen sollen. sie brauchen keine individuell verschiedenen bedürfnisse und grenzen beachten, die frau kennenlernen. sie haben ihre regeln (, die von männernüber viele jahre und jahrhunderte geprägt wurden) was sie dürfen und was nicht, und solange sie die einhalten, darf sich keine frau von ihm verletzt fühlen.
natürlich ist das auch für die frau das beste,sie weiß dann gleich was sie fühlen darf, ist ja auch einfacher. und wenn sie das noch nicht verinnerlicht hat, macht sie eben eine therapie.
ich hasse euch!

ich hasse alle, die versuchen, frauen in normen einzusperren, ihnen die eigene entscheidung, wo ihre grenzen sind und wann sie überschritten sind, abzusprechen, ihre empfindungen zu diesem zweck als unnatürlich oder überempfindlich bezeichnen.
diese taktik hat schon viel zu lange viel zu gut funktioniert!

jede frau hat das unbedingte recht, ihre eigenen grenzen zu erkennen und darauf zu bestehen, daß diese anerkannt und eingehalten werden.
wenn sie ihre vergewaltigung öffentlich macht, so ist das kein verkriechen in einer "kreierten opferrolle", sondern eher das gegenteil.
nämlich ein kampf für ihre selbstbestimmung, für ihr recht, über ihren körper und ihre sexualität selbst zu entscheiden (was sie in dem konkreten fall schon deshalb nicht konnte, weil sie geschlafen hat), und gegen den mann, der dieses recht mißachtet hat und gegen alle die ihn dabei auch noch unterstützen!
sex ist nicht das gleiche wie liebe, und von einem mann, der eine frau vergewaltigt und sich dann noch nicht einmal damit auseinandersetzt, sondern ihr stattdessen ihre fähigkeit, die situation zu beurteilen, abspricht, indem er ihre einschätzung mit wahrnehmungsstörungen unter lsd-einfluß vergleicht, zu behaupten, er tue das alles, weil er die frau liebe, ist ganz schön kraß!!
der frau aufgrund dieses flugis zu unterstellen, sie könne nicht zulassen, daß andere sie lieben, weil sie sich selbst nicht liebe (sie müsse das erst noch lernen) ist einfach blöd.
selbstliebe hat nichts damit zu tun, sich selbst und ihre grenzen zu verleugnen und eine vergewaltigung geschieht nicht aus liebe!!!!
eine frau

Zwei Komponenten



Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld!
Für Prozeßkostenübernahmen von Angeklagten.
Solipartys, Sammlungen, Einzelspenden – alles ist gut,
Daueraufträge wären optimal!
Sonderkonto: Klaus Schmid
Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10



Zur sogenannten "Vergewaltigungsdiskussion" (INTERIM 430 & 431)

Wir reagieren auf die INTERIMs 430 und 431, speziell auf den als "Vergewaltigungsdiskussion" bezeichneten Artikel (I. 431).

Während der Text zur Vergewaltigung in der Tierrechtsszene (I. 430) immerhin mit einer Einleitung (im Vorwort) versehen wurde, blieb der darauffolgende Text einer angeblich 16jährigen Frau völlig unkommentiert und wurde auch noch lapidar als "Vergewaltigungsdiskussion" bezeichnet.
An die Redaktion der INTERIM 431: habt ihr eigentlich gelesen, was ihr gedruckt habt oder ist Wiglaf Droste in die Redaktion eingestiegen ?

Eine Kurze Zusammenfassung der beiden Texte:
In der INTERIM 430 beschreibt eine Frau (I.N.A.), wie sie von einem Mann, mit dem sie seit ca. einem Monat eine Beziehung führte, nachts geweckt wurde: Mit den Worten "jetzt wird nicht mehr geschlafen", rieb er seinen erigierten Schwanz an ihr; nach der Aufforderung ihrerseits, damit aufzuhören, beendete er dies. Sie empfand das als Vergewaltigung und versuchte, mit ihm später darüber zu reden. Dabei kamen nichts als Schuldzuweisungen seinerseits heraus - so müsse sie eine Therapie machen, hätte Halluzinationen, verzerrte Wahrnehmungen...
Dem schließt sich die Autorin (*killing wolf*) des Artikels in der INTERIM 431 an. In dem Artikel schildert die Schreiberin ein angeblich vergleichbares Erlebnis und bezeichnet dies als "Liebe" und "Leidenschaft". Danach bezichtigt sie I.N.A., sich "aus purem Männerhaß" in einer "kreierten Opferrolle" zu verkriechen. I.N.A.`s "Einstellung zum männlichen Geschlechtsorgan ist nicht natürlich", so *killing wolf*. I.N.A. solle sich therapieren lassen und an sich arbeiten, statt eine "Sonderrolle" einzunehmen. I.N.A. sehe "die Realität in völlig falschem Licht" und solle "lerne(n) (sich) selbst zu lieben".
Soweit die Texte.

Liebe I.N.A. !
Die Definitionsmacht von Vergewaltigung
liegt
bei der betroffenen Frau.
Viel Kraft und Liebe für Dich !
Schade, daß das mit der Frauensolidarität nicht immer so hinhaut.

Wir sehen uns veranlaßt, hier eine Bestimmung von sexueller Gewalt abzugeben:
Sexuelle Gewalt dient der Ausübung von Macht und der Absicherung von Machtverhältnissen.
Wir beziehen uns auf die Definition von sexueller Gewalt, die von der OLLAfA (Offene Linke Liste - AStA für Alle/ Göttingen) erarbeitet wurde. Dort wird sexuelle Gewalt als alle sexuell getönten Handlungen einer Person an einer anderen, die gegen deren Willen oder die Rücksichtnahme auf deren Wohlergehen erfolgen, definiert.
Als Abgrenzung zum "normalen" Umgang (auch in der Szene) mit sexueller Gewalt, wo die Bedürfnisse und die Lebensrealitäten von Frauen weitgehend ausgeblendet werden, halten wir einen Vergewaltigungsbegriff für notwendig, der der Wirklichkeitserfahrung von Frauen gerecht wird und der sich an bewußter Parteilichkeit für die betroffene Frau orientiert.

Als Dokumentation des Bewußtseinsstandes der Bewegung zum Geschlechterverhältnis ist der Artikel von *killing wolf* repräsentativ (sowohl die Verfassung als auch der Abdruck).
Eine tiefschürfende, intensive Auseinandersetzung mit diesem Artikel könnte ein Buch füllen, deshalb beschränken wir uns auf einige Aussagen:

a) Nachts geweckt zu werden von einem erigierten Schwanz ist <u>keine</u> "sehr erotische Anfrage ... Lust oder Liebe zu teilen", sondern brachial. Ob dies gefällt oder nicht, beschreibt eine Grenze. Diese muß unantastbar sein.

b) Männerhaß: genug Gründe dafür gibt es. Dieser antifeministische, keineswegs neue Vorwurf an eine Frau, die sich mit patriarchalen und sexistischen Verhältnissen auseinandersetzt, ist indiskutabel.

c) Zur "natürlichen Einstellung zum männlichen Geschlechtsorgan": diese gibt es nicht. Sexualität wird gesellschaftlich geprägt, wie auch jeder Begriff von "Natur".

d) Zur selbst-"kreierten Opferrolle": wir verweisen auf Statistiken und Analysen über Gewalt gegen Frauen, alltäglichen Sexismus, Kapitalismus, Rassismus und das Patriarchat.

e) Zum Punkt "daß (I.N.A.) die Realität in völlig falschem Licht sieh(s)t spiegelt sich allein in der Aussage wieder, daß (I.N.A.) bezweifel(s)t, er hätte dies auch bei einem Mann versucht" - Unverständnis unsererseits: Ein "natürlicher" Mann kommt nicht auf die Idee, seinen Schwanz an einem Mann zu reiben, oder was ? Deswegen soll die Frau krank sein ? Oder ist der Typ nicht so hetero wie I.N.A. denkt ?

f) Zum Thema Therapie: was in dieser Gesellschaft als "normal" definiert wird, entspricht nicht unserer Vorstellung von einer herrschaftsfreien und emanzipierten Gesellschaft. Statt solidarisch miteinander umzugehen, anderen Menschen (und insbesondere von sexueller Gewalt betroffenen Frauen) populär-psychologisch eine Therapie zu verordnen, ist wirklich das Letzte.

FEMINISTISCHES SOLIDARITÄTSKOMITEE

[1] im Heft "Mein Körper gehört mir ! Gegen sexuelle Gewalt und andere Formen patriarchaler Unterdrückung", Göttingen 1996
Die weitere Ausdifferenzierung von sexueller Gewalt in diesem Heft finden wir problematisch, da sie die Definitionsmacht von Frauen einschränkt

meine meinung zur vergewaltigung in der tierrechtsszene:

ich bin völlig entrüstet über den umgang der INTERIM-redaktion mit dieser vergewaltigung! **es ist eine frau vergewaltigt worden** und ihr überlegt tatsächlich, ob ihr die schilderung mit reinnehmt, nur weil diese vergewaltigung zufällig in der (sogenannten) tierrechtsszene stattgefunden hat! dabei ist es doch wirklich unerheblich, in welcher szene eine frau vergewaltigt wurde/wird. einzig und allein entscheidend ist, *dass* sie vergewaltigt wurde. dass ihr dazu erst langer überlegungen bedurftet ist mehr als schlimm, es ist absolut frauenfeindlich!
unverständlich bleibt mir auch, weswegen dann der leserinnenbrief in Nr. 431 ohne jeglichen kommentar abgedruckt worden ist. was diese dame da von sich läßt übersteigt bei weitem das, was ich unter toleranz verstehe. schön, dass du deine sexuellen phantasien so deutlich benennen kannst, aber sie sind mir echt scheißegal!!! dass du nicht in der lage bist, frauen, die andere empfindungen dabei haben, zu akzeptieren, ist traurig, aber dass du dir dann auch noch anmasst, andersdenkende frauen als unnatürlich/unnormal hinzustellen und ihnen therapeutische ratschläge erteilst ist wirklich das allerletzte. du hast rein gar nichts kapiert!!!

eine
zukünftige
INTERIM-boykottiererin

Wir, vier Männer aus den Tierrechtszusammenhängen, haben die Anregung zur Vergwaltigung in der Tierrechtsszene (interim 430) zum Anlaß genommen, uns mit eigenen Sexismen auseinanderzusetzen!

Zuerst zu der beschriebenen Vergewaltigung: Nach anfänglichen Schwierigkeiten deine Schilderung als Vergewaltigung zu verstehen ("Ich sagte „hör auf" und ER hörte auf"), wurde uns schnell bewußt, daß es sich tatsächlich um eine Vergewaltigung handelte (Deine Zustimmung war offensichtlich für den Mann unwichtig). Es fiel uns nicht leicht zu akzeptieren, daß die Definitionsmacht im Falle einer Vergewaltigung immer bei der Frau zu liegen hat.

Wir fordern alle Männer, insbesondere aber auch den Täter, auf, sich mit ihrem persönlichen Verhalten in Beziehungen auseinderzusetzen (auch / gerade das private ist politisch)! Gerade hier profitieren wir Männer von dem Herrschaftsverhältnis Patriarchat. Da wir jedoch herrschaftsfrei leben wollen (und nicht erst nach einer Revolution...), gilt es vor allen Dingen, uns unsere eigenen Unterdrückungsmechanismen vor Augen zu führen und sie aufzugeben.

Indiskutabel ist, die Frau als „psychisch krank" hinzustellen und ihr damit jegliche Urteilskraft abzusprechen (interim 431: Vergewaltigung als „Liebe" und als „Leidenschaft" auszulegen, ist Täterschutz!).

Wir halten eine Auseinandersetzung mit dem Täter für notwendig, finden es aber noch wichtiger, sich mit der betroffenen Frau zu solidarisieren. Und uns bleibt vor allem die Auseinandersetzung mit dem eigenen Sexismus, die wir als Gruppe weiterführen werden!

Berlin 29.09.97 (viel zu spät...)

Reaktion auf "Zur Vergewaltigung im Wendland - Zwischenbericht aus Berlin"
(INTERIM Nr. 428, Juli 1997)

Wir möchten uns in die Diskussion um den Umgang mit der Vergewaltigung im Wendland während des Castortransportes nach Gorleben auf dem schriftlichen Weg einschalten, da wir einige grundsätzliche Einwände zu den bisher von der gemischtgeschlechtlichen Gruppe aus Berlin in der INTERIM veröffentlichten Positionen haben.

Ihr (gemischtgeschlechtliche Gruppe aus Berlin, in Form *einiger Männer* als Protokollanten) erklärt, daß ihr euch zusammengefunden habt, um euch mit dem kollektiven Nichtverhalten des Anti-Atomkraft-Widerstandes, zu dem ihr euch zählt, nach der öffentlich gemachten Vergewaltigung im Wendland auseinanderzusetzen bzw., um es zu durchbrechen. Durch die Reflexion über das Geschehene soll nach den Ursachen des Nichtverhaltens nach der Vergewaltigung gesucht werden. Die "konfrontative Situation" während des Castortransportes wird von euch als eine der Ursachen benannt, ihr räumt ein, daß die Gewalttat verdrängt wurde und der Umgang damit abgeschoben wurde insbesondere an FrauenLesben-Zusammenhänge bzw. an den Zusammenhang der betroffenen Frau. Ihr stellt fest, daß ein Reflektieren der patriarchalen Strukturen und des Geschlechterverhältnisses in den verschiedenen Gruppen und Zusammenhängen während und nach dem Castortransport nicht statt fand.
Uns drängt sich jedoch etwas der Eindruck auf, daß letzteres auch nicht in eurer Gruppe stattfindet. Eins der wichtigsten Themen in solch einer Gruppe sollte unser Ansicht nach sein, was Vergewaltigung als einer der extremsten Ausdrücke von Gewalt gegen Frauen innerhalb eines Systems struktureller Gewalt eigentlich ist und was sie für Frauen bedeutet.

Ziemlich gut wird dies unser Ansicht nach von den Umherschweifenden GraswurzelrevolutionärInnen/Männerfraktion in der **Graswurzelrevolution** Nr. 221 (Sept. 97, S. 12) versucht zu erklären, da es jedoch nie oft genug getan werden kann, wollen auch wir noch einmal kurz darstellen, was dabei berücksichtigt werden sollte:
Männer vergewaltigen Frauen, um sie dazu zu benutzen, sich selbst "Männlichkeit" und Stärke zu beweisen, wobei die Frau als Person nicht mehr wahrgenommen wird. Die Vergewaltigung dient dazu, die Frau zu erniedrigen, um ihr *ihre* Ohnmacht bzw. *seine* Macht zu demonstrieren.
Die damit einhergehende Verfügungsgewalt und Verfügungsmacht über den weiblichen Körper ist ein wesentliches Herrschaftsmoment: "Vergewaltigung ist die schlimmste Demütigung, die ein Mann einer Frau zufügen kann, ist die gröbste Mißachtung des Willens und der Persönlichkeit der Frau, ist die Degradierung zum bloßen Gegenstand. Die - teils direkt beabsichtigte - Folge von Vergewaltigung ist die Zerstörung der Persönlichkeit der Frau".[1] Dabei erfüllt Vergewaltigung eine doppelte Funktion hinsichtlich der Disziplinierung und Einschüchterung von Frauen: Einerseits durch die spezifische Demütigung der *jeweils betroffenen Frauen*, andererseits durch die alltägliche Konfrontation *aller Frauen* mit Vergewaltigung. Daraus resultiert die Gewöhnung an die spezifische Form der Gewalt gegen Frauen und deren gesamtgesellschaftliche Akzeptanz.
Eine Analyse, die sich mit Vergewaltigung auseinandersetzt, muß die gesellschaftlichen Bedingungen miteinbeziehen, die Vergewaltigung als Herrschaftsinstrument, als eine Form der Sicherung der Verfügungsmacht über den weiblichen Körper, ermöglichen. Dabei ist es von entscheidener Bedeutung, Vergewaltigung von Frauen durch Männer als ein historisches Produkt und somit als Ausdruck spezifischer gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu reflektieren, die immer wieder aufs neue hergestellt werden müssen. Denn Männer besitzen mit ihrem Penis keine *biologische Macht*, mit der sie Frauen einschüchtern und beherrschen können. Rein mechanisch wäre jede Frau fähig, sich gegen einen Typen, der sie versucht zu vergewaltigen, zu wehren, ihm sogar ernsthafte körperliche Verletzungen (gerade wegen seines empfindlichen "primären Geschlechtsorgans"...) zuzufügen. Es ist die *soziale Macht*, welche Männern gesellschaftlich zugestanden wird, die ihren Penis zum Phallus macht und Frauen in Angst- und Ohnmachts- und "Sich-nicht-wehren-können-Gefühlen" gefangenhält. Vergewaltigung ist demnach kein isoliertes Phänomen, sondern Teil eines komplex angeordneten hierarchischen Geschlechterverhältnisses. Bei der Reflexion über die politische Umgehensweise mit Vergewaltigung muß dies mit einbezogen werden. Dabei sind die geschlechtsspezifische hierarchische Arbeitsteilung, die Sexualisierung des weiblichen Körpers, sowie bestehende Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in ihrem Bedingungszusammenhang zu allen gesellschaftlichen Bereichen zu berücksichtigen.

---

[1] Brigitte Schliermann: Vergewaltigung vor Gericht, Hamburg 1993

Um zu untersuchen, wie innerhalb einer solchen Anordnung bestehende Asymmetrien reproduziert und aufrechterhalten werden, muß dabei analysiert werden, wie der bürgerliche Rechtsstaat und die soziale Wirklichkeit Vergewaltigung bewerten und behandeln (Unterstellung der "Mitschuld" der Frau durch Verhalten, Lebensstil etc.). Auch ist in die Überlegungen miteinzubeziehen, daß Vergewaltigung spezifische Begehrensstrukturen vorraussetzt: Egal, ob mensch sich ein Werbeplakat ansieht, einen Film oder ein ganz normales Buch durchliest, in dem das heterosexuelle Geschlechterverhältnis vorkommt (und wo kommt das nicht vor...) - Männer werden als die (aktiven) Begehrenden dargestellt, Frauen sind die (passiven) Begehrten. Gewaltanwendung beim Geschlechtsverkehr wird dargestellt, als sei sie Frauen angenehm und "willkommen", weil sie zu prüde seien, um eigene sexuelle Wünsche zuzugeben. Zudem liegt dem die Annahme zugrunde, daß es (für Männer) schwierig sei, Vergewaltigung von einvernehmlicher Sexualität zu unterscheiden. Sagt die Frau nämlich nur "nein", könnte es nicht ernst gemeint sein... .
Ausgangspunkt der Analyse und Reflexionsgegenstand der politischen und praktischen Bekämpfung von Vergewaltigung muß die spezifische Situation der betroffenen Frau sein. Vorraussetzung dafür ist die eingehende Analyse patriarchaler Herrschaftsmechanismen und die bewußte Parteinahme für Frauen in einer auf die Bedürfnisse von Männern ausgerichteten Gesellschaft.

Dieser kurze Abriß soll nur fragmentarisch darstellen, daß wir eine eingehende Analyse von Vergewaltigung und den sie ermöglichenden gesellschaftlichen Strukturen bei einer solchen Auseinandersetzung für unumgänglich halten.
In eurem Text beschreibt ihr das Erschrecken der Frauen in eurer Gruppe darüber, daß die Vergewaltigung überhaupt passieren konnte und die vermeintliche Sicherheit, in der sie sich gewogen hätten. Gerade deshalb ist es so wichtig, sich an der Erkenntnis zu orientieren, daß am häufigsten in Ehen und in engen Beziehungen vergewaltigt wird. Es kann jeder von uns passieren, wir alle haben soziale Beziehungen mit Männern (was nicht heißt, daß wir es widerstandslos erdulden müssen...). Gerade die kollektive Angst von Frauen vor Vergewaltigung (durch einen Fremden) schränkt Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit ein und fördert die "Beschützerrolle" des Mannes und die Abhängigkeit der Frau. Zusäzlich zu den anderen strukturellen Abhängigkeiten (ökonomische, soziale etc.) ermöglicht gerade diese Beschützerrolle die Verfügungsgewalt des (nicht-fremden) Mannes über die Frau und ihren Körper.

Ihr kritisiert außerdem, daß viele CampbewohnerInnen ihre "Wut und Trauer" während des Castortransportes nicht nach außen gezeigt hätten, wodurch gemeinsames Reden und Handeln möglich gewesen wäre. Ehrlich gesagt bezweifeln wir, daß überhaupt ein großer Teil der CampbewohnerInnen, vor allem der Campbewohner, Wut und Trauer empfunden hat. Realistischer erscheint es uns, daß viele in gewisser Weise (so böse das auch klingen mag) Erleichterung empfanden, weil kein (männliches) Mitglied des Camps als Vergewaltiger benannt wurde, sondern ein *Außenstehender*, ein wendländischer Dorfbewohner. Damit war sicherlich für die meisten das Thema "gegessen".
Ihr unterstützt ein solches imaginäres "innen und außen", indem ihr den Widerspruch in eurer eigenen Gruppe, eine Auseinandersetzung als gemischtgeschlechtliche Gruppe zu führen, sehr unterbelichtet laßt. Zwar räumt ihr ein, daß "die Geschichte der gemischtgeschlechtlichen Auseinandersetzung mit dem Patriarchat und sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung und Mackerverhalten eine ständige Wiederholung von Fehlern, folgenlosen Diskussionen / Gelaber und Betroffenheitskult ist", erklärt jedoch, euch keinen anderen Rat zu wissen, "als es weiter zu versuchen und auch bei Null wieder anzufangen, wenn dies der Stand der Bewegung ist". Dazu zwei Anmerkungen: Wenn frau sich die Situation von vergewaltigten Frauen, die schweren psychischen und auch körperlichen Folgen einer Vergewaltigung und vor allem die (wenn überhaupt stattfindene) Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis in gemischtgeschlechtlichen Gruppen bewußt macht, ist der Gedanke der "Separation" von Frauen aus gemischten Zusammenhängen nicht nur naheliegend und verständlich, sondern größtenteils auch (nicht nur strategisch) nötig. Zudem macht ihr nicht deutlich, wo ihr eigentlich in eurer Diskussion ansetzt - wo ist für euch "bei Null anfangen" ?

Damit schließen wir uns der Kritik in der oben erwähnten **Graswurzelrevolution** an - wie haltet ihr es mit zeitweisen Aufspaltungen in jeweils eine Frauen- und Männergruppe? Denn bekanntlich ist jedes Individuum in einer von Herrschaft durchzogenen Gesellschaft eingebunden in gesellschaftliche Widersprüche und Interessensgegensätze. Wie geht ihr mit diesen Interessensgegensätzen als Männer und Frauen innerhalb einer Gruppe um? Oder habt ihr die gar nicht? So kann es ja nicht sein, denn ihr schreibt, daß ihr als gemischtgeschlechtliche Gruppe eine bestimmte "Schnittmenge" besitzt, die ein gemeinsames Arbeiten möglich macht, ihr jedoch als Frauen und Männer jeweils unterschiedliche Handlungsperspektiven habt. Bei der Aufzählung, wie diese unterschiedlichen Vorstellungen sich konkret äußern, zählt ihr lediglich die männlichen (Flugblätter, Bekämpfung von

Mackerverhalten, verstärkte Arbeit in Männergruppen) auf. Zu den weiblichen Handlungsperspektiven in eurer Gruppe fällt uns lediglich der Vorschlag (Autonome Anarchafeministinnen / GDA) einer Art "psychosozialen Notdienstes" ins Auge.
Statt eines psychosozialen Notdienstes finden wir es jedoch sinnvoller, innerhalb eines gemischgeschlechtlichen Camps ein großes FrauenLesben-Zelt einzurichten. Eventuell kann innerhalb eines solchen großen Zeltes auch eine Art "Notdienst" eingerichtet werden, der immer von ein oder zwei Frauen besetzt sein sollte, damit es immer konkrete Ansprechpartnerinnen für Frauen gibt. Diese sollten dann aber nicht für den Umgang mit an sie herangetragenden Vorfällen / Problemen verantwortlich sein, sondern sich an das gesamte Zelt (und dann Camp...?) wenden. Damit würde es Frauen, die in gemischtgeschlechtlichen Bezugsgruppen zu Castor-Transporten fahren und die deshalb nicht dauerhaft in ein FrauenLesben-Camp wollen / können, ermöglicht, innerhalb eines Camps einen Freiraum zu haben. Einen Raum, wo frau Ruhe hat und vor allem - in Sicherheit vor Typen ist.
Zum einen halten wir die Einrichtung eines "psychosozialen Notdienstes" nämlich nicht nur etwas vermessen: Welche Frauen sollen denn diesen Notdienst bei "psychosozialen Problemen" leisten? Werden therapeutische Fähigkeiten vorausgesetzt bzw. überhaupt erwünscht? Zum anderen ist eine eurer Forderungen die "kollektive Entwicklung von Sensibilität im Umgang miteinander". Die Einrichtung eines oben erwähnten Notdienstes würde nichts an den vorhandenen Strukturen ändern. Zuständig für von Gewalt betroffene Frauen wäre nicht das gesamte Camp, sondern "der Notdienst". Das Abschieben von Verantwortlichkeit wäre damit noch einfacher. Ein großes FrauenLesben-Camp halten wir für einen kollektiveren Weg, mit patriarchalen Strukturen umzugehen. Außerdem sollte es ja nicht nur die konkrete, direkte Gewalterfahrung sein, die eine Frau veranlaßt, in ein solches Zelt zu gehen. Einerseits ist es äußerst angenehm und entspannend, sich in einem solchen Frauen-Freiraum aufzuhalten, andererseits kann frau sich viele kräftezehrenden Gespräche bei idyllischem Lagerfeuer ersparen, wo sich die Typen (selbst für die hirnrissigsten Aktionen) pausenlos auf die Schulter klopfen und an ihrem persönlichen Kämpfer-Epos spinnen...

Selbstverständlich müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, daß mit der Einrichtung eines FrauenLesben-Zeltes innerhalb eines gemischtgeschlechtlichen Camps sich an den vorherrschenden Gesamtstrukturen eines solchen Camps ebenfalls nichts ändert, da sexistische Thematiken und Probleme weiterhin an Frauen abgeschoben werden. Doch das bedeutet es nur zum Teil. Da in männerfreien Räumen die Möglichkeit des Austausches über Verhaltensweisen von Männern UND Frauen besteht, die in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen so nie möglich wären, ist darin bereits eine frauenbefreiende Perspektive miteingeschlossen. Außerdem konnten wir aus unseren eigenen Erfahrungen bisher nur schließen, daß Männer im besten Fall bei konkreten Fällen von männlicher Gewalt gegen Frauen lediglich zu extremer Betroffenheit fähig sind, Frauen eher (bedingt durch ähnliche gemeinsame Erfahrungen) noch zu konkreter Hilfe.
Wir sind gespannt, wie ihr den Widerspruch, diese Diskussion als gemischtgeschlechtliche Gruppe zu führen, versucht zu lösen...

Einige FrauenLesben

P. S.: Revolutionär-feministische Grüße an die Separatistinnen (INTERIM Nr. 424)!



An die KPD/RZ!

Wir sind treue Wähler und Anhänger der KPD/RZ und erwarten von unserer Partei, sich jederzeit und überall, so wie versprochen, standhaft und würdevoll zu verhalten.

Was ist am 3. Oktober im SO 36 passiert? Mit großer Scham mußten wir ansehen, wie die Kader der Partei sich unter den Augen der Öffentlichkeit nahezu kampflos die von uns allen verehrte Fahne haben entreißen lassen.

Freunde, erinnert ihr euch nicht an unser altes Lied:

"Die Fahne ist niemals gefallen, so oft auch der Träger fiel..."?!

Ihr habt, was wir ausdrücklich unterstützt haben, das Oktoberfest im SO 36 dazu genutzt, um das Anliegen der extremen Mitte öffentlich darzustellen. Und dann das!

Wie wollt ihr Kreuzberg halten, wenn ihr nicht mal eine Fahne festhalten könnt?
Und was ist die Partei noch ohne Fahne?

Wir haben 14 Tage auf eine Erklärung gewartet.

Wer sind die Gegner der Partei?
Was gedenkt ihr zu unternehmen?

Wir verlangen einen außerordentlichen Parteitag, auf dem die Fahne im Originalzustand präsentiert wird.

Wir wissen zwar nicht, ob ihre Ehre jemals wieder hergestellt werden kann, denn wer weiß, wer sie in den Händen hatte. Auf jeden Fall muß sie in die Gewalt der KPD/RZ zurückgelangen, andernfalls müssen Köpfe rollen. Andere haben auch schon neue.

Das wenigste, was wir wohl erwarten können, ist eine Erklärung der Parteileitung über den Stand der Ermittlungen und das weitere Vorgehen oder eine annehmbare Alternative.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die Ereignisse unter den Teppich gekehrt werden.

Brecht das Schweigen, sprecht zu uns!

PS: Wir wissen, daß unsere Parteileitung nur die Neue Kreuzberger Zeitung liest, und seitdem es die nicht mehr gibt, gar nichts. Deshalb bitten wir Freunde, es ihnen vorzulesen.

Hilfsweise richten wir unsere drängendsten Fragen direkt an die ruchlosen Diebe:

Was wollt ihr mit der Fahne?
In wessen Auftrag arbeitet ihr, oder seid ihr arbeitslos?
Stimmt es, daß die Diebe nur aus einer Frau und einem stadtbekannten Damenimitator bestanden?
Wollt ihr aus blankem Neid die letzten wahren Männerfreundschaften zerstören?

Das ist nicht mehr lustig, es reicht!

Zeigt euer wahres Gesicht!

Initiative zur Wiederbeschaffung der Fahnenehre
Ortsgruppe 10997

„Trash, Trash, ...
trash all the nations
we are the feminist generation
we mess up military bases
we destroy fashist nations
bombs and guns and evolution
we gonna make a revolution
we gonna start an insurrection
we gonna find a new direction..."

Wir, sechs FrauenLesben aus Oldenburg und Bremen haben im September '97 Strafbefehle vom Amtsgericht Dannenberg bekommen. Beim Nix [3] (Castortransport im Wendland, Frühjahr '97) waren wir wegen angeblichem „gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr" in Pisselberg bei Dannenberg festgenommen worden. Dieser Vorwurf konnte jedoch während der Ermittlungen gegen uns nicht aufrechterhalten werden und wurde fallengelassen. Der Ermittlungsaufwand war ihnen jedoch wohl zu groß, um uns einfach so laufen zu lassen, deshalb griffen sie mal wieder auf den beliebten Anklagepunkt „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zurück. Zwei von uns haben noch zusätzliche Anklagepunkte in ihrem Strafbefehl wegen (versuchter) Körperverletzung und eine Frau außerdem noch wegen „Beleidigung" und „versuchter Gefangenenbefreiung". Die Strafen betragen zwischen 15 und 65 Tagessätze pro Frau (sprich soviel Tage Knast), bzw. für alle zusammengerechnet eine Summe von 7000 DM Strafe.

Wir haben erstmal Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt und Akteneinsicht beantragt.

Wir sind ganz dringend auf Spenden (auch für die möglichen Prozeßkosten) angewiesen und wünschen uns Unterstützung und Solidarität vor allem von FrauenLesben!

Sammelt auf Veranstaltungen Geld, guckt auf weitere Infos und schickt uns Ideen und Feedback!

Stoppt die Atomindutrie!
Boykott von Siemens!

„... Kein Atommüll nach Gorleben und an keinen andern Ort
Atomanlagen stillelegen, überall und jetzt sofort!
LesbenFraun mit List und Tücke
sprengen wir den Staat in Stücke
Gewaltfrei oder militant
wichtig ist der Widerstand,
trash, trash!"

Kontaktadresse: FrauenLesben gegen Atomkraft
St. Pauli Str. 10-12
28203 Bremen

Spendenkonto: Oldenburger Rechtshilfe
Stichwort: „Trash"
bei LzO, Nr. 100-006154
Blz. 28050100

"Vor so einem muß man sich unbedingt in Acht nehmen!"[1]

Männerkritische[2] Anmerkungen zu Geronimos "Glut & Asche"

"Diese Schrift soll das 'Politische' gegen als 'politisch' maskierte, rassistische, therapeutische, juristische, moralische und auch terroristische Diskurse verteidigen. Dabei werde ich die von 68 ausgehende Entgrenzung des Politischen reflektieren und zum Teil argumentativ zurechtrücken."
Geronimo, 1997 (Glut&Asche, S.29)

"Man ist sich aber einig, daß nur eine Zurücknahme der 68 in Bewegung gesetzten Entwicklungen eine Rückkehr zur "Normalität" ermöglicht."
Diedrich Diedrichsen 1996 über die Anti-PC-Liga (Politische Korrekturen, S.43)

Geronimo hat mit "Glut und Asche" den dritten Band zur Geschichte und Politik der "autonomen Bewegung" vorgelegt. "Herzstück" dieses Bandes ist das Kapitel "Autonomie-Kongreß und Eigensinn". Hatte er noch in "Feuer und Flamme" (1990) einen selbst-bewußten, unsicheren, vorsichtigen Umgang mit feministischer Theorie und Praxis, bemäkelt er in seinem neuen Buch selbst-sicher aus einer männlich-verletzten Opferhaltung das "Zuweitgehen" bestimmter Feministinnen und deren männlichen "Trittbrettfahrern".
Den Autonomie-Kongreß beschreibt er anfangs mit einer arroganten "Berlin = Nabel-der-Welt"-Sichtweise (wenn wir in Kreuzberg Probleme mit der 1.Mai-Demo haben, hat die autonome Szene einen bundesweiten Kongreß nötig), um im weiteren den Autonomie-Kongreß nur noch aus dem Blickwinkel seiner Verletzung zu schildern. Als Geronimo auf dem Abschluß-Plenum ein Statement gegen "Benimmregeln" halten wollte, wurde ihm von einer Frau das Mikrofon entwendet. Klar verletzt das, aber Geronimo ist in seinem neuen Buch auch nicht gerade zimperlich:

- Politische Kommunen sind für ihn nicht mehr auf der Höhe der Zeit und mit ihrem "regressiven Gemeinschaftsverständnis" sogar eine Gefahr für den emanzipatorischen Prozeß (S.223f.);
- er findet es "bemerkenswert", daß auf dem Autonomie-Kongreß eine AG "Männer-Radikale-Therapie" stattfinden durfte (S.242), die dann auch noch "zumeist diletttantisch" betrieben wird (S.182);
- er konstatiert einen "Bankrott der feministischen Kritik", weil die Frauen unfähig waren, das "gesamte Männergruppen-Mann-Konzept" zu stoppen: "die vermeintlichen Bundesgenossen der mit guten Absichten maskierten Männergruppen-Männer sind ein Bumerang im antipatriarchalen Kampf..."; (S.163f)
- das gleiche gilt auch für Frauengruppen, die sich aus politischen Gründen zusammenfinden, welche über eine "absolut vorübergehende Notwehrorganisierung" hinausgehen (S.164.).

Diese Zitate ließen sich seitenweise ergänzen.

Ich werde mich in diesem Artikel nicht allein mit den Inhalten von "Glut&Asche" auseinandersetzen, sondern versuche auch Geronimos Anti-Feminismus als gesellschaftliches Phänomen der späten 90er Jahre zu verorten. Damit meine ich nicht, daß autonome / anarchistische Männer heute sexistischer sind als vor 5 oder 10 Jahren. Der Unterschied ist, daß heute anarchistische / autonome Männer auf den antifeministischen Backlash im allgemeinen und auf die Wild-men-Bewegung und die Anti-PC-Liga im besonderen zurückgreifen können. Die hegemoniale Männlichkeit ist in Bewegung geraten, sie modernisiert sich mit einem scheinbar anti-totalitären Anti-Korrektheits-Panzer. Sie konstruiert dabei einen neuen Popanz: der oder die machtgierige, doppelmoralisierende SpießerIn. Es sind jedoch weniger die wenig überzeugenden oder gar neuen Argumente, als vielmehr die Selbstsicherheit, mit der sich Geronimo & Co. breitbeinig postieren und befehlen, daß jetzt Schluß ist mit "privat ist politisch".

Geronimo und die Geschichte der Autonomen

"Zur Technik der Macht gehört (...) auch die Dethematisierung von Fragen und Konfliktlinien..."
Geronimo, Glut&Asche, S.162

Bekanntgeworden ist Geronimo durch das 1990 herausgekommene Buch "Feuer & Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen". Er schrieb damals selbstkritisch: "Wieso erfolgt die Geschichtsschreibung über die Autonomen nicht gleich konsequent und vollständig von einem antipatriarchalischen Standpunkt aus? Das würde z.B. bedeuten, so gut wie alle für den Text benutzten Quellen in jeder Faser als zutiefst patriarchalisch anzusehen... Inmitten von hilflosen Versuchen sich einer Auseinandersetzung stellen zu wollen, die Männer radikal in Frage stellt und trotzdem notwendig ist ... bleibt die klammheimliche Verärgerung darüber, daß sich dieses Kapitel (über die autonome Frauenbewegung) nicht in den Griff bekommen läßt."(F&F, S.156f.)
Es ist zwar möglich, die Geschichte einer bestimmten Bewegung zu schreiben, doch sollte klar sein, daß diese Darstellung nur ein Ausschnitt ist, in der geschichtlichen Abstraktion abgeschnitten von anderen Bewegungen, die unmittelbar mit dieser verheddert sind: Frauen-, Lesben-, Schwulenbewegung und auch die Männergruppenszene. Dies schien Geronimo in F&F noch bewußt zu sein: Der antipatriarchale "...Anspruch gilt natürlich auch für den gesamten Text dieses Buches, der in keinster Weise antipatriachal durchdacht, entwickelt und formuliert worden ist." (F&F,203) Und er gibt zu: "In der Frage des Patriarchats ist der Autor an die Grenzen seiner eigenen Erkenntnisfähigkeit gelangt." (F&F,202) In den letzten sieben Jahren hätte er versuchen können seine Erkenntnisfähigkeit zu erweitern, das Buch nocheinmal durchzusehen mit antipatriarchalem Blick. Z.B. hätte Geronimo dann erkennen können, daß in den 70ern bei den Spontis die "Betroffenheitsideologie verbunden mit Tendenzen zu einer neuer Innerlichkeit", welche zu "resignativen Rückzügen in Wohngemeinschaften" und Therapiegruppen führte, auch der Ort in der BRD war, wo die Schwulen- und die Männerbewegung entstand. Was dann natürlich sofort die Fragen aufwerfen würde:

* Was ist passiert, wieso haben sich diese Bewegungen soweit auseinanderentwickelt,
* wie wurde die autonome Szene von feministischen Diskussionen und Kampagnen beeinflußt, was wurde aufgenommen, was nicht;
* weshalb taucht das Wort Anarchismus z.B. nicht im 500seitigen "Handbuch Männerarbeit" auf, wo diese doch in der BRD zuerst von Spontis und Graswurzlern praktiziert wurde?

Gleichzeitig würde ein antipatriarchaler Blick die Differenzen zwischen den herrschaftsfeindlichen Gruppen auf ein Minimum reduzieren und die Gemeinsamkeit der Auseinandersetzung mit Sexismus hervorheben. Wer heute noch großartig zwischen AnarchistInnen, Autonomen und GraswurzlerInnen differenziert macht vor allem eins: Dethematisierung der tatsächlichen patriarchalen Widersprüche. Geronimo scheint seine geschichtliche Konstruktion nicht mehr materialistisch als zu überarbeitende Ausgangsthese zu sehen, sondern inzwischen idealisierend an eine eigenständige, sich aus sich selbst zeugenden autonomen Szene zu glauben.
In "Glut & Asche" betreibt Geronimo Verschleierung. Nur einmal werden die "Libertären Tage 93" erwähnt. Ich hatte den Eindruck, daß für die meisten Anwesenden 93 in Frankfurt diese Trennung zwischen Autonomen und AnarchistInnen nicht nachvollziehbar war und eher als berliner oder frankfurter Szeneknatsch begriffen wurde. Für ProvinzrevolutionärInnen wie mich kann es solche Berührungsängste nicht geben, das wäre Metropolenluxus. Konflikte ergeben sich früh genug und die verliefen bisher - zumindest hier in der Provinz - immer zwischen feministischen und antifeministischen Positionen. So war dann auch klar, daß der große Knatsch während der Libertären Tage Sexismus zum Inhalt hatte. Ich habe die Libertären Tage mit dem Gefühl verlassen, daß auf absehbare Zeit, solange zumindest wir

"herrschaftskritischen" Männer keinen erträglicheren Umgang mit Sexismus finden, kein gemischter (d.h. mit Frauen und Männern) Kongreß mehr möglich sein kann.

Dethematisierung von Sexismus

Der Geschichtsschreiber Geronimo erwähnt mit keinem Wort, daß es Interviews mit FrauenLesben in Gießen, Hamburg und Freiburg zum Thema "Sexualität und Herrschaft" gegeben hat. Die Veröffentlichungen der Erfahrungen von FrauenLesben mit Männern im Bett und in der Beziehung haben quer durch die BRD für Verunsicherungen unter Männern geführt. Spätestens nach dem Autonomie-Kongreß war davon allerdings nichts mehr zu spüren. Bei Geronimo schon gar nicht:
Vergewaltigungen in der Szene? Naja, es gab da mal eine "Reihe von Vergewaltigungsskandalen", "öffentlich behauptete Verbrechen" (S.157), damals in den 80ern. "Faschisten im Bett?", ja, damals in den 70ern vielleicht - und in Italien, nicht hier...
Ebenfalls unerwähnt bleibt der "Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kongreß Januar 94 in Berlin und überhaupt der gesamte Backlash im Bereich der Ächtung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Unterstüzung für Überlebende (Wiglaf Droste, Mariam Niroumand (taz), ZEGG-Dsikussion). Vom Backlash in einem anderen Bereich, dem der "Männerbewegung" scheint Geronimo schon mal etwas gehört zu haben: völlig verquer wirft er den Männergruppen vor, daß sie sich ausschließlich aus "biologischen Männern" zusammensetzen (S.158). Deshalb ist angeblich die antifeministische "Wild men"-Bewegung entstanden (S.240). Nur in diesem Zusammenhang erwähnt er den Maskulinisten John Bellicchi: kein Wort davon, wer die Bellicchi-Veranstaltungen verhindert hat und auch ein Zusammenhang zwischen Bellicchi, ZEGG und der gesamten Anti-PC-Liga wird dethematisiert.
Auf die "Sexualitäts-Debatte", ausgelöst durch eine "Arranca-Sondernummer", und die Diskussionen über diese Debatte wird mit keinem Wort hingewiesen.
Geronimo geht auf Diskussionen um Sexismus und Patriarchat in der autonomen Szene sehr abstrakt ein; dabei bedient er sich aus dem Wortschatz des "dekonstruktiven Feminismus": er sieht sich selbst als "gesellschaftlich konstruierten Mann" und warnt vor einer Re-Biologisierung der Geschlechter. Daß dies bei ihm mehr als Phrasen sind, die er irgendwo aufgeschnappt hat, kann ich kaum glauben: Denn Geronimo warnt nur taktisch vor Biologisierung, tatsächlich gibt es in seiner Utopie noch Frauen und Männer in gegenseitiger Abhängigkeit: in einer befreiten Gesellschaft sollen "weder die Frauen von den Männern noch die Männer von Frauen" verlassen sein (S.168). Der Unterschied zwischen Frauen und Männern soll in Geronimos Utopie also derart fortbestehen, daß sie sich unterschiedliches zu geben haben. Meinetwegen kann Geronimo an diese romantische Idee festhalten, aber er soll dann aufhören uns "Männergruppen-Männern" Re-biologisierung vorzuwerfen (als wären wir außerhalb der Männergruppen schon "ent-biologisiert" oder irgendwie anders keine Männer, potentielle Vergewaltiger mehr).
In diesem Zusammenhang finde ich die von Geronimo vorgeschlagene Ersetzung anti-sexistischer Theorie und Praxis durch "Liebe" gruselig.

Zum Poltikverständnis Geronimos

Verschiedene Lesarten des Satzes "Das Private ist politisch!"
"Ich habe zu viele Tragödien in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern erlebt, zu viele gebrochene Körper und verkrüppelte Seelen gesehen, die auf die sexuelle Versklavung der Frau zurückzuführen sind, als das ich in diesem Punkt meine tiefe Empörung über das Verhalten der meisten von Euch Herren unterdrücken könnte."
Emma Goldmann an Max Nettlau, 8.2.1935

"Bei allen Erscheinungsformen von Anti-PC scheint es ... darum zu gehen, Öffentlichkeit zurückzudrängen, Privatisierungen in jedem Sinne zu unterstützen. Von Kampf gegen die öffentliche Förderung von Kunst und Gesiteswissenschaften in den USA bis zu den bekannten Klagen des Zuweitgehens von Feministinnen beim Regelnwollen des doch Privaten (Sex und Mißbrauch)..."
Diedrich Diedrichsen, 1996 (Politische Korrekturen, S.17)

Unter dem Kapitel "Ist das Private immer noch politisch?" überprüft Geronimo die Aktualität dieses Satzes aus der Frauenbewegung. Er stellt fest, daß der Satz unterschiedlich interpretierbar sei. Es handele sich bei diesem Satz nicht nur um eine Kritik an bisherige Formen der Politik, sondern auch um eine Ausweitung des Politischen selbst auf das, was bisher als Privat galt. Diese Parole wurde von Frauen gegen die ausschließlich von Männern gemachte Politik aufgestellt, in der Fragen nach Kindererziehung und Kinderläden keine Rolle spielen. Mitsamt diesen Fragen waren die Frauen in die Privatheit abgedrängt.(G&A, S.178) Doch schon die Aufteilung der unbezahlten Repro-Arbeit bzw. die Abwälzung dieser Arbeit auf die Frauen und ihr damit einhergehender Ausschluß aus dem öffentlichen Raum sei politisch. (S.179) Daraus schließt dann Geronimo: "Insofern stritt diese Parole zu jenem Zeitpunkt nicht unbedingt für einen politischen Zugriff auf die Intimssphäre". (S.179)
Nachdem Geronimo so lediglich das Politische auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erweitert sehen will, widmet er sich einer weiteren Interpretation des Satzes: "Schließlich enthält der "das Private ist politisch"-Gedanke die faszinierende Vision einer revolutionären Einheit von Leben, Politik, Theorie, Kultur, Alltag und Handeln-Können."(S.179) Diese Idee umschreibt er mit "Glaubwürdigkeit". Doch als "eine kritisch verstandene "politische Kategorie" ist dieser Begriff völlig untauglich" (S.180) Ein bißchen Übereinstimmung zwischen Anspruch und Alltag ist für ihn noch o.k., aber bei einer Überinterpretation sieht er "totalitäre Tendenzen" (S.180) Seine subjektive Betrachtungsweise ist die, daß die Parole "...im Verlauf der 80er Jahre von "Linken" und Feministinnen in einer Weise interpretiert wurde, in der die Praxis eines dauernden Kontrollblicks auf individuell privates Verhalten organisiert werden konnte." Danach folgt auf Seite181 der Abschied von "Das Private ist politisch", die Forderung, nein der Befehl, nicht öffentlich Sexualität zu thematisieren und die Warnung "vor so einem" (!), der das Private öffentlich machen will.

Geronimos Reduktion des Politischen auf Kitas und Vokus ist absurd. Die Bewegungsfreiheit von Frauen wird nicht nur durch zugeschriebene Verantwortung für Kinder und Hausarbeit eingeschränkt. Susan Brownmiller und Andrea Dworkin haben den politischen Charakter von Vergewaltigung und Pornographie herausgearbeitet. Der Satz "Das Private ist politisch!" wurde an einem Punkt präzisiert: "Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger!"
Foucault hat herausgearbeitet, daß es keine natürliche, d.h. unpolitische Sexualität gibt. Die "FrauenLesben-Interviews zu Sexualität und Herrschaft" haben das noch einmal deutlich gemacht. Genau wie die Toleranz ist auch die Privatisierung ein Privileg der HERRschenden: Von einer Freundin, die gerade eine Diplomarbeit zu Emma Goldmann schreibt, habe ich das obige Zitat übernommen, welches zeigt, daß die Depolitisierung der Sexualität zum Programm vieler "herrschaftskritischer" Männer gehörte und immer noch gehört.

Geronimo macht sich zum intellektuellen Kämpfer der Anti-PC-Liga in der autonomen Szene. Seine Sprache auf Seite 181 ist paranoid: er erteilt Befehle und warnt uns (und unsere heile Privatwelt) "vor so einem" , vor dem anderen... Und was macht man mit "so einem", der unsere Befehle nicht hören will? "So einer" wird schon merken, was es heißt, unsere Männlichkeit anzugreifen ...?

Streitkultur - Grenzen - Verletzungen

Zunächst: als Heterosexueller hat mann die Möglichkeit, mit seiner Sexualität zu prahlen, sie in Form eines Schnodder-Gedichts dem social beat-Publikum vorzustellen oder darüber zu schweigen. Von mir jedenfalls ist noch nie verlangt worden in aller Öffentlichkeit meine sexuellen Praktiken und Phantasien kund zu tun. Es ist eines von vielen Privilegien, daß wir Männer der hegemonialen Art über Sexualität sprechen, wie, wo und wann es uns paßt: einE PriesterIn, welche uns zwingen will, über unsere Sexualität zu reden; einE SpießerIn, welcheR nicht bereit ist, unsere Sexualitätsphantasien zu hören.

Bei Überlebenden von sexualisierter Gewalt sind ambivalenterweise viel stärkere Scham- und Schuldgefühle da *und* die Notwendigkeit aus Heilungs- und politischen Gründen, darüber in einer *bestimmten* Öffentlichkeit zu reden. Dennoch sieht die Öffentlichkeit gerade auch in der autonomen Szene so aus, daß jede Frau, die eine Vergewaltigung benennt, angegriffen und verletzt wird. Wir sitzen uns in der autonomen Szene nicht als geschichtslose Menschen gegenüber: jedes dritte Mädchen und jeder siebte Junge durchlebt in dieser Gesellschaft sexualisierte Gewalt. Neben diesen traumatisierenden Grenzverletzungen kennen die meisten von uns auch die alltäglicheren, wie z.B. die Invasionen von Jungen in die Spiel-Territorien von Mädchen in der Grundschulzeit: das Mädchen-Ärgern wird zwar nur von einer kleinen Zahl von Jungen ausgeübt, dennoch hat es eine eindeutig statistisch nachgewiesene geschlechtsspezifische Richtung. Die meisten unter uns haben patriarchal bedingte Schwierigkeiten, Grenzen so zu setzen, daß es uns gut tut. Wo ich Grenzen setze und wo ich mich auf etwas einlasse, etwas zulasse, ist quasi die Frage nach der Autonomie. Dies gilt individuell und sozial: "wir" können auch im Konsens entscheiden, wo "wir" gemeinsam Grenzen setzen. Dabei ist auch das Konsens-Prinzip vorsichtig zu handhaben, denn:

Es existieren unterschiedliche Bedingungen, nicht nur zwischen Frauen und Männern sondern auch zwischen Frauen und zwischen Männern. Dies heißt aber nicht, daß "es damit doch immer und überall unterschiedliche Bedingungen.." und somit "...nirgendwo mehr unterschiedliche Bedingungen" (S.151) gibt. Der Begriff "unterschiedliche Bedingung" zielt auf ein Herrschaftsverhältnis und nicht auf beliebige Unterschiedlichkeit. Für unsere patriarchale Gesellschaft sieht Bob Connell auch unter Männern unterschiedliche Bedingungen: neben der *hegemonialen* existieren noch *untergeordnete*, *marginalisierte* und *komplizenhafte* Männlichkeiten. Dennoch unterstreicht er, daß allen Männern gemein ist, daß sie von der "patriarchalen Dividende" profitieren. Für Auseinandersetzungen ist es wichtig, die unterschiedlichen Bedingungen zu klären: daß dies schwierig ist, weiß ich, das heißt aber nicht, daß es keine unterschiedlichen Bedingungen gibt.

Geronimos Streit-Begriff sieht folgendermaßen aus: "Die in einem Streit benutzten Argumente werden ungeordnet ins Feld geführt, zum Teil zusammen mit den Positionen gewechselt wie das Unterhemd; man läßt sein Gegenüber nicht ausreden und plaziert seine "Argumente" zuweilen dicht an oder eher unter der Gürtellinie. Kurz: Ein richtiger Streit ist fies und gemein." Dies ist nicht Geronimos Bestandaufnahme, sondern sein Konzept. Streitkultur lehnt er ab. Wenn ich zu seinen Gunsten annehme, daß er das Bild "unter der Gürtellinie" auf den Boxsport bezieht und nicht sexualisierte Verletzungen fordert, so zeigt die von Geronimo nicht wahrgenommene Zweideutigkeit dieses Bildes, wohin die von ihm geforderte Unvorsichtigkeit führt. Daß es wie im Krieg auch bei inhaltlichen Auseinandersetzungen unter Linken eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gibt, in denen zumeist Frauen versuchen, die Verletzungen zu begrenzen - denn sie sind es, die als unbezahlte Therapeutinnen die Verletzungen aufzuarbeiten haben -, vermag Geronimo scheinbar genausowenig zu sehen, wie die Gründe für den Rückzug von Frauen aus der Barbarei männlich-dominierten Streitverhaltens.

"Gewalt und Herrschaft gegenüber Frauen angehen!"[3]

Geronimos Ignoranz gegenüber AnarchistInnen / GraswurzlerInnen und Horst Stowassers ("Freiheit pur") populistische Abwertung der Autonomen als unverständliche SektiererInnen erzeugt in mir das Bild von zwei vordergründig verfeindeten Generälen, die das gleiche Ziel verfolgen: durch Aufwertung der Unterschiedlichkeit der verschiedenen herrschaftsfeindlichen Szenen deren gemeinsame, in den Szenen verlaufende Konfliktlinie, nämlich Sexismus, zu dethematisieren. Die letzten 15 Jahre haben sehr deutlich gemacht, daß herrschaftsfeindliche Gruppen sich als autonome, anarchistische oder gewaltfreie gründen, aber sich ganz anders formiert, nämlich anhand der Konfliktlinie "Umgang mit Sexismus", spalten.

Daß sowohl bei den "Libertären Tagen 93" als auch beim "Autonomie-Kongreß 95" die Patriarchats-Debatte - ungeplant - im Mittelpunkt stand, war abzusehen. Da der Autonomie-Kongreß sich aber nicht als Fortsetzung der Libertären Tage sehen durfte, durften auch die hier gemachten Erfahrungen mit Sexismus nicht offiziell genutzt werden. Spannend ist die Frage, ob auch der Graswurzel-Kongreß im Oktober 97 die Sexismus-Diskussionen (z.B. ums Männer-Café und Männerschutzräume) während des Autonomie-Kongresses nicht sehen darf.

Die Gewalt-Diskussionen zwischen GraswurzlerInnen und Autonomen nach dem Castor-Transport im Frühjahr 97 sind ein weiteres Beispiel für die Dethematisierung von Sexismus. Zur Vergewaltigung im Wendland während der Castor-Blockade 97 stellt die Graswurzel-Revolution fest: "Die allgemeine Nichtauseinandersetzung dokumentiert sich quer und unterschiedslos sowohl im gewaltfreien wie im autonomen Spektrum. Nahezu alle 'Erlebnisberichte' und Erzählungen von den Aktionstagen sparen die Vergewaltigung aus. Die nachfolgende Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung hatte zwar eine Arbeitsgruppe zur Gewaltfrage, nicht aber zur Vergewaltigung und Sexismus." (Vergewaltigung und Anti-Castor-Bewegung, gwr Sept. 97). Es ist beschämend, wieviel Raum jenem "Gewaltfrage"-Konflikt in der "gwr" und der "interim" aber auch in den Anti-AKW-Zeitungen gegeben wird: die Erklärung von Trebel verkommt so zu einer Gedenkminute.

"Für jeden Mann muß es selbstverständlich sein, seine Rolle gegenüber Frauen im Alltag zu hinterfragen und öffentlich zu diskutieren... es dürfen die alltäglichen Männerschweinereien nicht sorgsam ausgeblendet werden..."
Geronimo, 1990 (Feuer und Flamme, S.203)

Anm.:
1) Geronimo, Glut&Asche, S.181
2) Den Artikel habe ich aus einer männerkritischen Perspektive geschrieben, nicht aus feministischer Sicht. Auch wenn ich (als Mann) versuche profeministisch männerkritisch zu sein und dem gerecht werden sollte, bleibt das Problem, daß Männer im Mittelpunkt stehen. Spatestens im autonomen / anarchisitschen Alltag zeigt sich, daß Mannerkritik antifeministisch sein kann, wenn nach Vergewaltigungen in der Szene nicht die Unterstützung der Frau, die die Vergewaltigung benannt hat, im Mittelpunkt steht, sondern die "Umgang mit dem Vergewaltiger"-Diskussion.
3) Aus der "Erklarung von Trebel" vom 12.4.97, dem bundesweiten Anti-Castor-Delegiertentreffen, zum Selbstmord einer Frau, die wahrend der Aktionstage NIX[3] vergewaltigt worden ist

Schwarze Feder

Geronimo, Glut & Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung
Juni 1997, Unrast-Verlag Münster, 24,80 DM



Initiative „Kein Mensch ist illegal"
c/o FFM
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

EINIGE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE EINSCHÄTZUNGEN

Seit 1989/90 hat sich die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen, selbst gegenüber dem vorherigen schlechten Normalzustand, extrem verschärft. Dies betrifft nicht nur die offene Diskriminierung von Nicht-"deutsch"-Aussehenden auf der Straße sowie die faschistischen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte - oftmals unterstützt von der örtlichen Bevölkerung und angeheizt von beispiellosen medialen Kampagnen. MigrantInnen sind heute in Deutschland tagtäglich Angst und Terror ausgesetzt, und dies ist auch unmittelbares Resultat und Ziel staatlicher Politik.

Illegalisierte sind von diesem politischen Klima in Deutschland besonders betroffen, von den Hetzkampagnen gegen vermeintlich "kriminelle Ausländer" wie von der sozialen und rechtlichen Ausgrenzung. Wir wollen in einer Kampagne die Illegalisierten in diesem Land unterstützen, dem politischen Klima der Ausgrenzung etwas entgegensetzen.

Mit ständig erneuerten Gesetzesverschärfungen wurde die Rechtlosigkeit und Illegalisierung von immer mehr Flüchtlingen und MigrantInnen vorangetrieben. War die Anti-Asyl-Kampagne das Vorspiel und die Begleitmusik zur faktischen Abschaffung des Asylrechts (1993), so wurde unmittelbar danach eine Kriminalisierungskampagne gegen MigrantInnen allgemein und Illegalisierte im Besonderen inszeniert. Damit soll die faktische Abschaffung jedweder sozialen Rechte und die breite illegalisierte Existenz, eine neue Form der „Vogelfreiheit" von Menschen in diesem Land, durchgesetzt werden. Heute wird, von rechter bis linksliberaler Öffentlichkeit, von Innenminister Kanther und dem künftigen SPD-Kanzlerkandidaten Schröder angeheizt, demagogisch der Kampf gegen die sog. Ausländerkriminialität und besonders gegen „Illegale" propagiert, die man „sofort abschieben" müsse.

Das staatliche Bedrohungsszenario, welches an die Stelle der „kommunistischen Gefahr" getreten ist, heißt heute „Organisierte Kriminalität" und nimmt immer mehr die Züge einer neuen „Gefahr aus dem Osten" an. Die Illegalisierung und Stigmatisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen mit dem Konstrukt der „Organisierten Kriminalität" soll nach der Abschaffung sozialer Minimalstandarts und halbwegs gesicherter Arbeitsverhältnisse nicht zuletzt eine neue Verwertungsoffensive in diesem Land durchsetzen. Diese geht einher mit den neuen Tönen aggressiv formulierter deutscher Machtansprüche über Osteuropa.

Auch wenn im staatlichen Selbstbild seit einigen Jahren scheinbar konsequenter gegen Rechtsradikale vorgegangen wird - mehrere Vereinigungen, die sich freilich großenteils ungehindert neu formiert haben, sind offiziell verboten worden -, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass wesentliche Programmatiken des organisierten Neo-Faschismus mittlerweile in den Repressionsmaßnahmen des deutschen Staates ihre Verwirklichung gefunden haben. Die "Ausländer raus"-Parolen - populär nicht nur in faschistischen Gruppen, sondern in breiten Bevölkerungsteilen verankert - und die Forderungen nach sozialer Ausgrenzung und Entrechtung der "Fremden" korrespondieren heute mit den Tischvorlagen der Innenministerien., allen voran Bundesinnenminister Kanther. Diese entfalten immer wieder neue Ideen, die nur ein Ziel kennen: das Leben von MigrantInnen hier "unerträglich zu machen" (Alisa Fuss, FR vom 11.8.1997), seien es nun immer neue Verschärfungen des Ausländergesetzes, wie die mögliche Aberkennung des Aufenthaltsrechts aufgrund von Demonstrationsdelikten ("Lex PKK"), oder die soziale Verelendung von Flüchtlingen per "Asylbewerberleistungsgesetz", das ein Leben weit unter dem Existenzminimum vorschreibt.

Abschiebungen haben sich in den letzten fünf Jahren verzehnfacht. Der BGS terrorisiert MigrantInnen an den deutschen Grenzen und Flughäfen, Flüchtlinge werden in isolierten Lagern und Abschiebegefängnissen kaserniert, Razzien gegen Schwarze und Illegalisierte sind zur Hauptbeschäftigung großstädtischer Polizisten geworden. "Verdachtsunabhängige Personenkontrollen" der Polizei, in Bayern und Baden-Württemberg bereits gesetzlich verankert, in den restlichen Bundesländern längst Praxis, richten sich faktisch nur gegen MigrantInnen. Kontrolliert wird nach rassistischem Stereotyp, das alle, die nicht-deutsch aussehen, betrifft. Gleichzeitig wird die Einschüchterung von Illegalisierten, die sich nicht ausweisen können, verschärft. Die Ärmsten und Rechtlosen der Armen sollen sich nirgends mehr sicher fühlen. Fast jeden Tag eine Gesetzesidee, die die schnellere Ausweisung und Abschiebung und die systematische Verschlechterung der Lebensbedingungen von MigrantInnen vorantreibt.

Diese Politik findet leider Anklang in weiten Teilen der Bevölkerung: Laut Umfragen halten z.B. über 80 % das Asylrecht immer noch für "zu lasch". 3/4 der SPD-Basis begrüßen die ausländerfeindlichen Parolen Gerhard Schröders. Hier liegt ein inhumaner "Konsens aller DemokratInnen" vor, der nicht nur rechtsradikaler Gewalt zuarbeitet, sondern auch alltäglichen Rassismus begründet: Wie das Feindbild der "Asylantenfluten", das die faktische Abschaffung des Asylrechts vorbereitete, von großen Teilen der Bevölkerung getragen worden ist, so wird heute die Stigmatisierung des "kriminellen Illegalen" („jugoslawische Hütchenspieler-Mafia", „russische Menschenhändler-" und „rumänische Schlepperbanden", „vietnamisische Zigaretten-Mafia", „peruanische Fälscherbanden" etc.) im rassistischen Bewußtsein der weißen deutschen Bevölkerung tief verankert.

Die Kriminalisierung der sog. Illegalen schafft das Bedrohungsszenario, das nicht nur zur Verschärfung sogen. Sicherheitsgesetze nach innen dient, sondern auch zur Aufrüstung an den Grenzen und zur Ausweitung der neuen Grenzregimes auf die sog. Sicheren Drittstaaten im Osten und Südosten. Während Kanther darin die Perspektive eines homogenen, deutschtümelnden Deutschland vertritt, andere Politikfraktionen eher eine multikulturelle Haltung einnehmen, ist man sich in der Frage der „Inneren Sicherheit", der polizeistaatlichen „Kriminalitätsbekämpfung" einig. Auch Teile der Grünen basteln am autoritären Sicherheitsstaat für den Modernisierungs-Angriff auf die Armen, für den „Standort Deutschland", in dem die Illegalisierten besonderer Gewalt ausgesetzt sind.

Die verschiedenen und zum Teil rivalisierenden Initiativen der herrschenden Politikfraktionen, gesellschaftlicher Gruppen sowie weiter Teile der Bevölkerung sind sich jedoch weitgehend einig im Bestreben, einen neuen deutschen, auf Rassismus und Ausgrenzung beruhenden Herrschafts-, Modernisierungs- und Ausbeutungs-Anspruch nach innen und außen durchzusetzen.

Wir sehen daher auch einen Zusammenhang von „sozialer Frage", die politisch fast durchweg eine „Ethnisierung" erfährt, und staatlicher Diskriminierungspolitik. In der neuen deutschen Innen- *und* Sozialpolitik bleibt Rassismus jedoch ein zentrales Moment. Es werden nicht nur allgemein soziale Leistungen drastisch gekürzt, sondern diese werden auch im besonderen nach rassistischen Kriterien hierarchisiert, wie u.a. an der fortschreitenden Kürzung sozialer Bezüge für Flüchtlinge - auf weniger als 2/3 des Sozialhilfesatzes - ersichtlich wird. Der gegenwärtige soziale Angriff von Staat und Kapital auf Löhne und Sozialleistungen kann kaum ohne die zunehmende soziale Marginalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen diskutiert werden. Diese soziale Ausgrenzung

hat sich bereits Anfang der 90er Jahre zugespitzt, ohne daß dies von Linken besonders wahrgenommen wurde. Arbeitszwang für AsylbewerberInnen bei einem Lohn von zwei Mark pro Stunde oder Verdrängung in illegale Beschäftigungsverhältnisse teils mit vollem Lohnraub durch die Arbeitgeber, Sozialkürzungen auf ein Niveau weit unter der Armutsgrenze, die Abschaffung elementarer Gesundheitsversorgung prägten für Flüchtlinge bereits seit langem die Lebensrealität in Deutschland.

Seit der Aufhebung des Asylrechts sind viele MigrantInnen nun illegalisiert und dementsprechend ganz ins soziale Elend getrieben worden. Offensichtlich soll es den meisten Menschen schlechter gehen, und einigen ganz besonders schlecht, auch damit diejenigen Deutschen, denen es bald schlechter geht, sich besser fühlen. Diese soziale und politische Herrschaftsstrategie greift ineinander mit rassistischen Motiven in der deutschen Gesellschaft, die sich auch über die Verachtung von Andersaussehenden konstituiert. Übergriffe, Entrechtungen, Inhaftierungen und Abschiebungen sind keine Auswüchse oder Skandale; sie sind Alltag rechtsstaatlicher und demokratisch legitimierter Inhumanität.

Die Ökonomie von Ausgrenzung und Billiglöhnen verschärft sich zusehends in Deutschland und Europa. Visumszwang und Grenzaufrüstung, Abschiebemaßnahmen und Rückführungsverträge - die Festung Europa betreibt eine systematische Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik. Die BRD als Vorreiterin treibt diesen Prozess mit ihrer ökonomischen und politischen Macht voran: mit dem Schengener Abkommen in Westeuropa (der Vereinheitlichung der Ausländer- und Asylgesetzgebung auf niedrigstem Niveau), mit "Rückführungsabkommen" in Osteuropa. Die Grenz- und Vertreibungspolitik soll dabei auch das Lohn- und Ausbeutungsgefälle inner- und außerhalb der Festung Europa forcieren. Vom Staat u.a. mit Razzien und willkürlichen Kontrollen eingeschüchtert und stets von Abschiebung bedroht, sind die entrechteten und illegalisierten MigrantInnen doch als Billiglohnarbeitskräfte willkommen, erwünscht und gewollt. Die Entrechtlichung befähigt die ArbeitgeberInnen zum Druckausüben bis zum problemlosen Rausschmiss, sie zwingt die ArbeiterInnen zur Annahme niedrigster Löhne und miesester Arbeitsbedingungen, viele illegalisierte Frauen in sklavinnenähnliche Gewaltverhältnisse.
Gerade deshalb gebietet es die neoliberale Raison, sie flexibel zu halten, sie unter Druck zu setzen, sie nach Bedarf zu verhaften und abzuschieben.

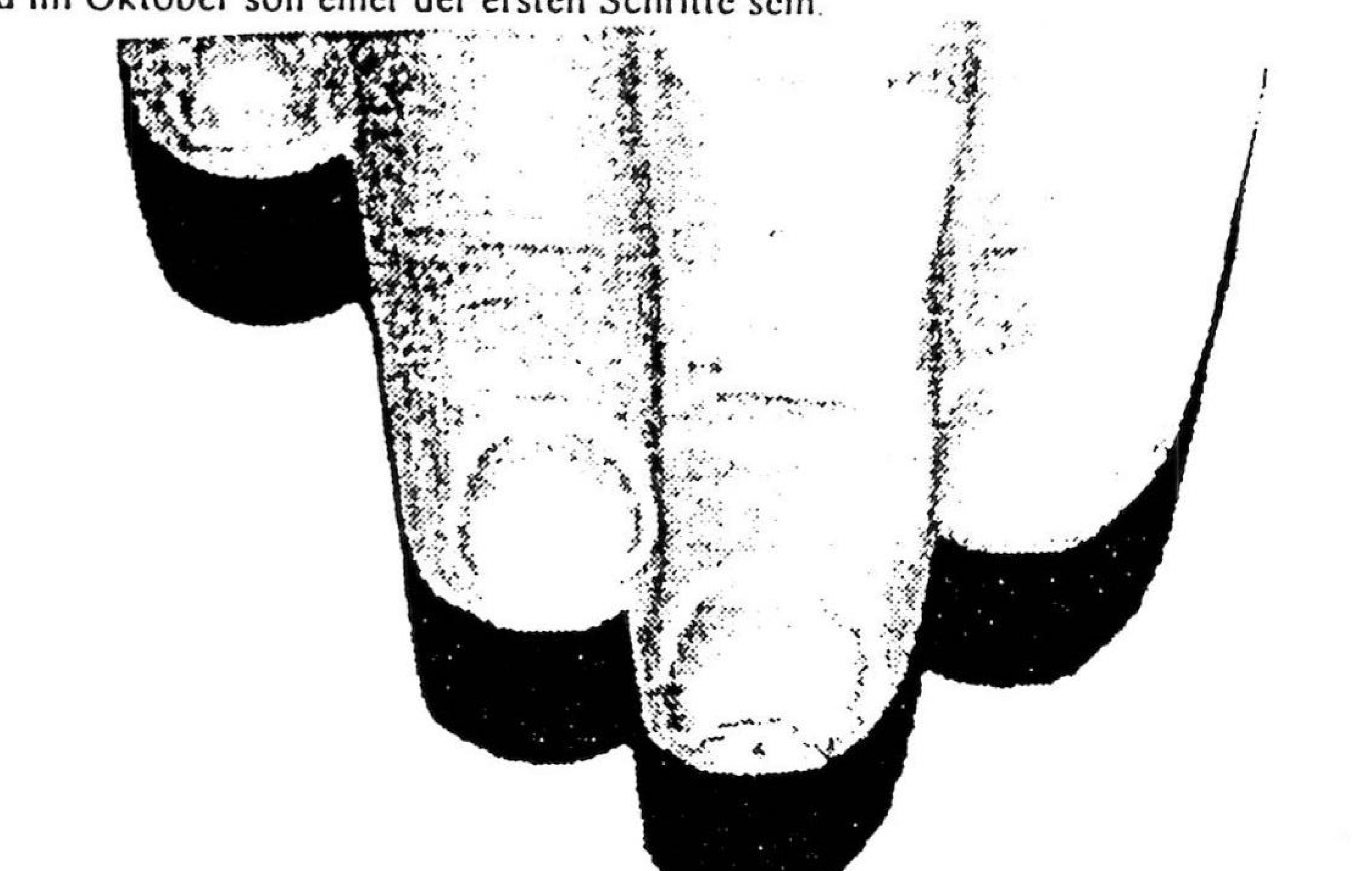
Nach innen wird die Gesellschaft sozial und rechtlich hierarchisiert, Rechte der Menschen werden immer weitgehender durch Polizeirechte ersetzt. Nach außen stützt dieses Grenzregime den Transfer von Reichtum aus den Peripherien in die Metropolen. Flucht und Migration in die Metropolen sind auch Reaktionen auf global gemanagte Ausbeutung und Unterdrückung, soziale Verhältnisse, die nicht zuletzt ihren Ursprung in der sogenannten "ersten Welt" haben. Flucht und MIgration sind Ausdruck der Zerstörungen und Verfolgungen in den Herkunftsländern wie auch der Suche und Einforderung einer gesicherten, menschlichen Existenz.

Der Respekt gegenüber der Entscheidung, in Deutschland Zuflucht zu suchen, bildet für uns die Grundlage für die Frage, in welcher Weise wir MigrantInnen beistehen können. Wir wollen sie unterstützen, Möglichkeiten zu finden, sich für ihr Überleben hier im Land zu organisieren. Die ständigen Verschärfungen im Ausländerrecht und die faktische Abschaffung des Asylrechts bewirken einen sich stark ausweitenden Illegalisierungsprozeß. Jenseits eines statistischen Streits über das bestehende Ausmaß illegalisierter Existenz ist klar: Einreise und Aufenthalt ohne gültige Dokumente wird für immer mehr MigrantInnen zur Notwendigkeit, für viele zur Überlebensfrage.

Vor allem familiäre Strukturen und solidarisches Verhalten in Communities der MigrantInnen bieten Hilfe beim Überleben gegenüber der täglichen Repression und dem Abschiebeterror. Diese Widerständigkeit bleibt zumeist unsichtbar und kommt in der BRD allenfalls punktuell in Kirchenbesetzungs- und Hungerstreikaktionen ins Öffentlichen. Eine Bewegung wie die der Papierlosen, der "Sans Papiers" in Frankreich, die heute mit gesellschaftlicher Unterstützung täglich vor Regierungsgebäuden demonstrieren, ist hier nicht in Sicht. Gleichwohl müssen wir uns konkret die Frage stellen, wie wir die Kontakte zu Projekten der Selbstorganisierung von MigrantInnen verbessern können,und wie wir ihre Ansätze flankieren können. Vor allem aber: wie kann dazu beitragen werden, ein anderes politisches Klima herzustellen, in dem aktives Handeln von Illegalisierten leichter möglich wird ? Wie kann dem sich zusehends verschärfenden Klima der Ausgrenzung und Erniedrigung, die sich vor aller Augen abspielt, entgegenwirkt werden ?

Bisher haben wir alles in allem auf politischer Ebene den genannten Verschärfungen und den demagogischen Debatten um "Asylmißbrauch", "Illegale" und "Organisierte Kriminalität" wenig entgegenzusetzen. Aber es gibt dennoch einige Gruppen und Organisationen, die relativ beständig Unterstützungsarbeit leisten, die sich um soziale Unterstützung - auch illegalisierter MigrantInnen - bemühen und versuchen, eine politische Öffentlichkeit herzustellen. Die Zahl der stillen und offentlichen Zufluchts- und Kirchenasylprojekten ist trotz staatlichen Drucks nicht geringer geworden und zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen sind neue Projekte entstanden. Die Bereitschaft übergreifend zusammenzuarbeiten, ist im gesamten Unterstützungsspektrum - von kirchlichen Gruppen, unabhängigen Organisationen bis zu autonomen Zusammenhängen - gewachsen.
Der Abschottungs- und Illegalisierungspolitik des Staates gegenüber Flüchtlingen wollen wir - neben der gemeinsamen Organisierung mit MigrantInnen - u.a. eine praktische Solidaritätsarbeit entgegenzusetzen. Es gilt, die Grenzziehungen des deutschen Staates praktisch zu unterwandern. Die Unterstützung von staatlich Illegalisierten bei der Organisierung ihres Lebensalltags ist ein Beitrag dazu, für offene Grenzen einzutreten und gleichzeitig die Ebene einer bloßen internationalistischen Parole zu verlassen.
Mit einem Bündnis und einer Kampagne "Kein Mensch ist illegal" wollen wir darüber hinaus im besonderen das öffentliche Klima verändern. Wir sehen diese Initiative als langerfristiges Projekt, das sich nicht auf einen Punkt hin konzentriert. Der solidarischen Hilfe, die bereits besteht, wollen wir größeren politischen Ausdruck verschaffen, letztlich auch ihre Bedingungen verbessern helfen. Unsere Anstrenungen als übergreifende Koordination solien so nah wie möglich an der unmittelbaren Praxis der Gruppen liegen. Die Initiative soll die einzelnen Projekte vor Ort politisch stärken. Die Bündelung und Vernetzung - verbunden mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit - soll den verschiedenen Projekten politische Rückendeckung geben, auch im Sinne eines Schutzes vor Kriminalisierungen.

Wir gehen davon aus, daß illegalisierte MigrantInnen in zunehmender Weise ins Fadenkreuz staatlicher Verfolgung und gesellschaftlicher Stigmatisierung geraten. Unsere Initiative zielt darauf, sich diesem verschärften Hetzklima gemeinsam und offensiv entgegenzustellen. Letztlich soll diese Koordination auch eine Debatte über mögliche politische Forderungen aufgreifen. Der Abdruck einer Großanzeige unseres Aufrufs "KEIN MENSCH IST ILLEGAL" in der Frankfurter Rundschau im Oktober soll einer der ersten Schritte sein.



Illegalität wird produziert

MigrantInnen in entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status gehören in allen Ländern Westeuropas zur gesellschaftlichen Realität. Mit der Abschottung Europas nach außen wurden die Asyl- und Ausländergesetze weiter verschärft.
Menschen werden systematisch zu Illegalen gemacht :

- Den meisten Nicht-EU-MigrantInnen und Flüchtlingen wird die legale Einreise in die BRD verweigert (Drittstaatenregelung, rechtsfreie Zonen auf Flughäfen); kommen sie dennoch über die Grenzen, gelten sie als illegal.

- Asylanträge werden zu 80-90% abgelehnt (auf Ablehnung orientierte Verfahren, Nichtanerkennung von Fluchtgründen...); wenn sich die Betroffenen der Abschiebung entziehen, werden sie zu Illegalen.

- Erteilte Visa und Aufenthaltstitel sind an einen definierten Zweck und eine festgelegte Dauer gebunden. Überschreiten Nicht-EU-StudentInnen ihre Studienzeiten, lassen sich MigrantInnen von deutschen EhepartnerInnen scheiden oder werden "SaisonarbeiterInnen" auf dem legalen Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht, werden sie zu Illegalen.



AUFRUF

MigrantInnen und Flüchtlinge sind in Europa unerwünscht. Nachdem es für sie nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg hierher zu fliehen, einzureisen oder einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch "illegal" möglich und nicht selten mit tödlichen Gefahren verbunden. "Illegal" wird, wer bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist. Systematisch werden die verbliebenen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert. So wird eine immer größere Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen.

Grenzen trennen nicht mehr nur Territorien, Grenzen trennen Menschen. Grenzen verlaufen überall: im Sozialamt wie auf dem Bahnhof, in der Innenstadt wie an der Staatsgrenze. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden.

In entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status zu leben, bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdeckung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Es bedeutet völlige Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheiten, Unfällen oder Übergriffen. Es bedeutet auch, soziale Kontakte fürchten zu müssen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung anfangen. Es bedeutet, ständig auf der Hut zu sein.

Im Kampf gegen Rassismus wird es immer wichtiger, MigrantInnen in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung und für ihr Recht, überhaupt Rechte zu haben, politisch und praktisch zu unterstützen.

Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.

Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten.

Denn kein Mensch ist illegal.

KEIN MENSCH IST ILLEGAL



mitmachen

Die Initiative ***Kein Mensch ist illegal*** sucht UnterstützerInnen:

- UnterzeichnerInnen für die Veröffentlichung des Aufrufs in mehreren Tageszeitungen
- Aktive UnterstützerInnen, die Illegalisierte konkret und praktisch unterstützen wollen
- ÄrztInnen und RechtsanwältInnen, die ihr Wissen Illegalisierten kostenlos zur Verfügung stellen
- Kreative, die die Initiative mit eigenen Ideen und Aktionsvorschlägen unterstützen



Kontakt:

Die Initiative arbeitet dezentral, weil neben den überregionalen Aktivitäten, die lokale Arbeit im Vorder grund stehen soll. Menschen und Gruppen, die die Initiative unterstützen und mitarbeiten wollen, können sich an die folgenden Adressen wenden. Wir informieren Sie/Euch gern über lokale Gruppen in Ihrer/Eurer Nähe.

Initiative Kein Mensch ist illegal
c/o FFM
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
telefon:
0172- 8910825 (Di. 18-21 Uhr, sonst AB)
fax:
0561-713458 (BARI Kassel)
email:
grenze@ibu.de [über die grenze] München

AUFRUF ZUR ANTIFASCHISTISCH-ANTIRASSISTISCHEN DEMONSTRATION AM 1. NOVEMBER 1997 IN FREIBERG/SACHSEN

SAGT NICHT, IHR HÄTTET NICHTS GEWUSST !

Nach dem Wegfall des "Ostblocks" und der daraus folgenden neuen Aufteilung der Welt, versucht die BRD ihre Vormachtstellung in der EU weiter auszubauen und die hierfür "notwendigen" neoliberalen Erfolgskriterien zu erfüllen. Um diese "Reformen", wie z.B. die Demontage des Sozialstaates bzw. dessen Restes, rechtfertigen zu können, benötigt sie auf der anderen Seite Sündenböcke; und das sind erst einmal alle, die diesen Plänen aus sozialen und/oder politischen Gründen entgegenstehen, in erster Linie die MigrantInnen.
Den HERRschenden kommt dabei eine Bevölkerung zur Hilfe, die in allen Schichten einen nationalen und rassistischen Konsens teilt, ein Behördensystem , das Flüchtlinge nur noch als eine zu reduzierende Masse wahrnimmt, Medien, nach deren Berichterstattung mensch denken soll, bei Flüchtlingen handele es sich durchweg um "kriminelle und volkszersetzende Subjekte", die "auf unser aller Kosten" leben und "den Deutschen" die Arbeitsplätze wegnehmen... Solchermaßen in seinem mörderischen Tun bestärkt, tobt sich der rassistische Mob auf der Straße aus (oft unter dem Beifall "normaler" Bürger), während die Politiker gar nicht schnell genug damit sind, die Vorgaben jenes Mobs in die politische Realität umzusetzen.
Gesetzesverschärfungen und Sondergesetze, wie beispielsweise die faktische Abschaffung des Menschenrechtes auf Asyl ("Asylkompromiß" 1993) und die mehrfache Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes mit dem Tenor: "Sachleistungen statt Sozialhilfe", lassen die Situation für die MigrantInnen unerträglich werden.
Potentiell tödliche Anschläge und Überfälle von Rassisten gehören zum Alltag in Deutschland und werden wie im "Fall Safwan Eid" schonmal den Opfern in die Schuhe geschoben. Polizei und BGS erfüllen ihre "nationale Aufgabe" bei der Abwehr der "Flüchtlingsflut" und schlagen dabei oftmals über die Stränge - Amnesty International warf der deutschen Polizei einen fortschreitenden Trend zum Rassismus vor.
Gerhard Schröder eröffnet mit markigen Worten ans "völkische Kollektiv" einen Wahlkampf auf Kosten von MigrantInnen und die Aushöhlung des "Asylrechts" wird weiter vorangetrieben. In Deutschland wurde eine Atmosphäre geschaffen, die sich nur noch als AUSNAHMEZUSTAND für MigrantInnen begreifen läßt.

ZUR SITUATION IN SACHSEN

Im Land von Steffen Heitmann (Innenminister) und Wurzener Keksen wird Taxifahrern seit neuestem nahegelegt, den BGS zu informieren, wenn "Ausländer" mitfahren wollen; die bundesdeutschen Ostgrenzen zur Tschechischen Republik und Polen werden von paramilitärischen BGS-Einheiten überwacht. Innerhalb der 30 Km-Zone darf der BGS die Identität "Verdächtiger" überprüfen und deren erkennungsdienstliche Behandlung vornehmen, Häuser und Wohnungen betreten, die "erfahrungsgemäß als Treffpunkte von Schleusern oder Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung genutzt werden", sowie nachrichtendienstliche Mittel und V-Leute einsetzen. In den Jahren 1995/96 wurden an den Ostgrenzen knapp 50.000 Menschen wegen "Illegaler Einreise" vom BGS verhaftet. Der BGS schaltete Bürgertelefone und -aufrufe, um die BürgerInnen zur Denunziation von Flüchtlingen zu sensibilisieren. Vielen ist dies noch nicht genug und sie gründen bürgerwehrähnliche Organisationen zur informellen Zusammenarbeit mit dem BGS. Die Flüchtlinge werden nach dem "Aufgreifen" in BGS-SAmmellagern interniert und schnellstmöglich abgeschoben. Nach den Vorstellungen von Bundesinnenminister Kanther zur "Inneren Sicherheit" soll der BGS an den Ostgrenzen noch in diesem Jahr von derzeit 5800 auf 7300 Beamte verstärkt werden; außerdem sollen 880 BGS-Beamte in DB-Zügen ihren Dienst verrichten. Darüberhinaus sollen diese Grenzen in naher Zukunft mit elektronischen Wachzeunen zusätzlich abgesichert werden.
Diese immer perfektere Abschottung zwingt die Flüchtlinge dazu, immer größere Risiken einzugehen, um unentdeckt in die BRD zu gelangen. Bei dem Versuch, an immer gefährlicheren Stellen über die Grenze zu gelangen, mußten in den Jahren 1993-96 mindestens 60 Flüchtlinge ihr Leben lassen.
Die CDU, die in Sachsen die absolute Mehrheit in der Regierung besitzt, zeigt sich - ähnlich wie in Bayern - besonders eifrig bei der Abschiebung von Flüchtlingen. Selbstorganisierte MigrantInnen-Gruppen werden mit Repression überzogen und kriminalisiert (wie z.B. in diesem Jahr im Flüchtlingsheim Grimma, wo angeblich ein "PKK-Schulungszentrum" existieren sollte...). Und während der Verfassungsschutz noch von "Ausländerterrorismus" halluziniert, etabliert sich eine organisierte und militante Naziszene in Sachsen.
Eine ähnliche Entwicklung, wie sie Antifas schon im Muldentalkreis beobachten konnten, wo sich Nazis in ihrem Sinne

"keimfreie" Rückzugsgebiete schaffen, von wo aus sie (fast) ungestört agieren können (remember ANTIFA-Demo in Wurzen am 16.11.96), vollzieht sich seit geraumer Zeit in vielen Landkreisen und Städten Sachsens. 25 Nazikonzerte mit bis zu 1000 Besuchern im Jahr 1996, brutale rassistische und faschistische Überfälle auf MigrantInnen und "Andersdenkende" in nahezu jeder Stadt (z.B. organisierter Überfall auf's AJZ Chemnitz im April '97 oder der Brandanschlag auf die Unterkunft italienischer Bauarbeiter im Sommer '97 in Dresden), Aufmärsche (z.B. am 5.Juli '97 in Zittau, wo 300 Neonazis ihrem toten "Kameraden" Holger
Müller nachtrauerten) und Aufmarschversuche (z.B. am 1.Mai '97 in Leipzig), Neonazikongresse (z.B. die seit 4 Jahren regelmäßig in Altenberg stattfindende "Gästewoche der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG)" mit internationaler Beteiligung unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz Stefan Giemsa) oder der Aufbau militanter Terrorstrukturen (z.B. bei Wehrsportübungen in der sächs. Schweiz) sind ein deutlicher Beweis.
Nur in wenigen Kleinstädten oder Stadtteilen können AntirassistInnen/Antifas Widerstand leisten und aktiv agieren, wobei sie mehr und mehr mit der Repression des Staates konfrontiert werden. Dies läßt die Situation immer häufiger eskalieren.
In Sachsens Provinz ist "rechts sein" der bestimmende Trend unter den Jugendlichen, die sich jedoch auch oftmals als "unpolitisch" bezeichnen.

FREIBERG

Auch in Freiberg konnte sich nach 7 Jahren deutscher Großmachtpolitik eine prekäre Situation entwickeln: Trotz Jahrelanger Antifa-Arbeit konnte eine rechtsradikale und rassistische Entwicklung bei vielen Jugendlichen weder verhindert noch gestoppt werden. Gewalt gegen MigrantInnen, nichtdeutsche StudentInnen, Punks, Antifas und ein offener Rassismus in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen sind auch hier mittlerweile an der Tagesordnung.
Waren es 1991 gerade mal eine handvoll Faschos, die versuchten am Asylbewerberheim Streß zu machen (was damals zu Entrüstung und militanter Gegenwehr vieler FreibergerInnen führte), so konnte sich eine rechtsradikale Szene trotzdem zu einer ernstzunehmenden Gefahr etablieren. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen:
"Integrative und akzeptierende Jugendarbeit" von Streetworker/SozialarbeiterInnen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten durch die Stadtverwaltung Freibergs für diese rechte Szene haben erst die Möglichkeiten geschaffen, daß sich junge FreibergerInnen zu gewalttätigen Nazis entwickeln konnten bzw. beste Voraussetzungen dafür haben.
So wurde im Neubaugebiet Wasserberg schon 1991 ein Faschotreff im ehemaligen DDR-Jugendclub "Würfel" geschaffen, der vorerst als Sammelpunkt für die gesamte rechte Szene Freibergs fungierte und als Ausgangspunkt für (meist gescheiterte) Aktionen der Nazis zu betrachten war und ist. Nachdem die Zahl der Nazis angewachsen war und einige nach Streitereien im "Würfel" einen kleinen "Bunker" am ETH (StudentInnenwohnheim am Wasserberg) besetzt hatten und es zu häufigen Auseinandersetzungen mit ausländ. StudentInnen und Antifas gekommen war, stellte die Uni den Faschos aus dem Neubaugebiet Friedeburg Anfang 1995 den "ABF-Club" gleich neben den Wohnheimen der ausländ. StudentInnen zur Verfügung. Darüberhinaus wurden und werden rechtsradikale Tendenzen auch in anderen Freiberger Jugendtreffs in zunehmender Weise geduldet und akzeptiert ("Buntes Haus" am Wasserberg; "PI-Haus" - Vorzeigejugendobjekt der Stadt Freiberg, wo rechte Bands proben können; Spielothek und Innenhof des Einkaufszentrums "Unicent" am Wasserberg; verschiedene Treffs im Neubaugebiet Friedeburg; Clausallee; Discothek "Tivoli", Tankstellen und in zunehmender Weise in Innenstadtkneipen).
Auch das Nichtverhalten vieler Freiberger BürgerInnen gegenüber diesem Problem und die wachsende Verankerung rechter Ideologie innerhalb der Gesellschaft führte zur größeren Akzeptanz für diese "verirrten deutschen Jugendlichen". Diese Unwissenheit und Ignoranz wurde natürlich von den HERRschenden im Freiberger Rathaus auch in politischer Weise ausgenutzt. So wurde beispielsweise das "Christlich-Konservative Deutschland Forum (CKDF)"/Sachsen 1994 in Freiberg unter Mitwirkung von Heinrich Lummer (ex-Innensenator Berlin), Volker Schimpff (CDU-Rechtsaußen im Sächs. Landtag) und vom Freiberger Bürgermeister Konrad Heinze gegründet. Das CKDF wurde bundesweit als rechte Plattform innerhalb der CDU legitimiert.
Auch in der TU Bergakademie Freiberg wurden rechte Bestrebungen schnell in die Tat umgesetzt: Neben der Burschenschaft "Glück auf" (Beethovenstr.), existieren das Corps "Saxo-Borussia" (Weißbachstr.) und der VdSt (Meerbachstr.), die allesamt aus ihrer "deutsch-treu-furchtlos"-Gesinnung keinen Hehl machen. Die Uni stellte diesen Vereinigungen bereitwillig großzügige Räumlichkeiten zur Verfügung. In wirtschaftlich-politischer Hinsicht engagiert sich die TU als Bestandteil der "Atlantik-Brücke", die die Kooperation zwischen Deutschland, USA, Israel und Japan in den verschiedensten Bereichen fördert. Erster größerer "Erfolg" dieser Einbindung ist offensichtlich die Investierung der Israelischen Federmanngruppe in das 100-Millionen-Projekt "Chip-Fabrik" auf dem Gelände der ehem. Spurenmetalle Freiberg und die daraus resultierende Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Ness-Ziona. Gründer der Federmann-Gruppe ist der israelische Großindustrielle Jakutiel Federmann, der in diesem Jahr das Bundesverdienstkreuz für sein Engagement in den deutsch-israelischen Beziehungen verliehen bekam... Angesichts der Tatsache des Massenmordes am jüdischen Volk

durch Nazi-Deutschland während des 2.Weltkrieges, stellt sich die Frage, ob dieses Engagement nicht nur der Makulatur eines "antifaschistisch geläuterten Deutschlands" dient und somit pure Heuchelei ist.
Der Freiberger Polizei steht in der Entwicklung der Nazi-Szene ebenfalls kein geringer Anteil zu. Schon 1992 trat Klaus Geyer seinen Dienst als Chef der Polizeidirektion Freiberg an, den er vorher in Bayern getätigt hatte. Ein neues Computer-Lagezentrum wurde aufgebaut, um die Überwachung der "Inneren Sicherheit" im Sinne des neuen sächs. Polizei(staats)gesetzes auch von Freiberg aus wirkungsvoll zu gewährleisten. In vielen Fällen reagierte die Polizei nicht oder viel zu spät auf Notrufe von Opfern rassistischer und faschistischer Übergriffe und leugnete bzw. verdrehte die Vorkommnisse im Nachhinein mit Hilfe der Presse (z.B. beim Überfall von 20 Freiberger Nazis auf den selbstbestimmten Jugendtreff "Train Control" im September 1995).
Gegen linke und alternative Menschen/Projekte werden dagegen polizeistaatliche Maßnahmen ergriffen, wenn Proteste gegen diese Art von Politik laut werden (könnten). So wurden z.B. beim Besuch des Bundespräsidenten Roman Herzog im Dez. `96 in Freiberg Wohnungen und Telefonate abgehört, Antifas observiert und unter fadenscheinigen Begründungen in "Präventiv-Gewahrsam" genommen. Ermittlungen gegen rechtsradikale Täter in Zusammenhang mit erfolgter Anzeige gegen die Freiberger Polizei (wegen unterlassener Hilfeleistung), verlaufen im "Normalfall" trotz Ermittlungen der SOKO-REX im Sande (z.B. oben erwähnter Überfall auf's "Train Control"; Brandanschläge auf's "Train Control" und auf's AZ "Barrikade" 1997). Verbotsverfügungen der Stadtverwaltung und der Polizeibehörde gegen Open-Air Konzerte, Frühlinxfest, Aktionstage, Öffentlichkeitsaktionen, Punx-Picnic, Chaostage gehören genauso zur "Normalität" wie die Räumung besetzter Häuser, willkürliche "Drogen"-Razzien und die öffentliche rassistische Hetze gegen MigrantInnen in der Presse und der Aufruf zur faschistischen Gewalt "wie in Hoyerswerda oder Rostock" gegen das neue "Flüchtlingsheim" im ehem. Hotel "Freiberger Hof" am Bahnhof.
Im September 1994 wurde das mit 120 Menschen völlig überbelegte Freiberger Flüchtlingsheim in der Wallstraße geschlossen, welches in kommunaler Verwaltung gelegen hatte. Als Gründe mußten die völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen und die "günstigere" Unterbringung in privaten "Sammelunterkünften" Sachsens herhalten, in die die zur Räumung anwesenden 94 Menschen verfrachtet wurden. Obwohl den HERRschenden klar war, daß in Freiberg wieder Möglichkeiten zur Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen werden "müssen", wurde das Haus in der Wallstraße nicht saniert und die Debatten in den Ratssitzungen solange hinausgezögert, bis nur noch die Aufnahme der Menschen in völlig ungeeigneten Gebäuden und Gegenden möglich war ("Freiberger Hof"; Dammstraße; ETH am Wasserberg- keine 500m vom "Würfel"...). Über die Presse wurden immer wieder Veröffentlichungen über "Bürgerängste" und das "Asylantenproblem" an die Menschen herangetragen, so daß sich bei vielen eine ablehnende Haltung gegenüber den "Fremden" entwikkelte.
Die rechtsradikale Szene Freibergs zeigt sich seit Anfang des Jahres `97 immer aktiver, nachdem sie merkte, daß dies kaum Konsequenzen nach sich zieht. Im Januar wurde der selbstbestimmte Treff der Hip-Hop/Techno-Szene "Train Control" durch einen Brandanschlag beseitigt. Im März gab es einen weiteren, weniger verheerenden, Brandanschlag auf's Autonome Zentrum "Barrikade". Immer wieder wurden Menschen Opfer der Nazi-Schläger. Seit Anfang Mai wurde dieser rechte Terror immer extremer, so daß wir hier eine Auflistung der bekanntgewordenen Überfälle für den Zeitraum Mai bis Juli 1997 dokumentieren möchten:

8.5. Ein Mann wird in der Körnerstraße von Faschos zusammengeschlagen; in der selben Nacht wird ein 20-jähriger in der A.-Schulz-Str. von zwei Nazis zusammengeschlagen. Am nächsten Morgen wurden in Brand Erbisdorf zwei Opfer einer Schlägerei mit Faschos bewußtlos aufgefunden (später wird in diesem Zusammenhang ein 19-jähriger durch die Polizei ermittelt).
10.6. Drei Vermummte überfallen einen chinesischen Studenten an der Mensa, schlagen ihm mit Baseballkeulen ins Gesicht und rauben ihn aus.
19.6. Zwei Immigranten werden an der Tankstelle mit Karateschlägen und Knüppeln niedergeschlagen.
20.6. 20 Faschos überfallen eine Gymnaiumsfeier in Brand Erbisdorf, die Polizei kommt trotz Hilferufen erst 2,5 h später und nimmt 4 der Angreifer fest.
21.6. Ein marokkanischer Flüchtling wird auf dem Forstweg (Neubaugebiet Wasserberg) von zwei Faschos angegriffen und verteidigt sich mit einem Messer, wobei er einen der beiden Angreifer am Arm verletzt. Die Polizei nimmt ihn daraufhin fest.
26.6. Etwa 15-20 Faschos (u.a. Sauer, stadtbekannter Nazi-Schläger) kommen zum Schloßplatz und greifen Leute vom Schloßclub an, wobei vier Menschen verletzt werden ... Später wird von der Polizei ein 21-jähriger Angreifer ermittelt.
28.6. Abermals kommen ca. 20 Faschos zum Schloßclub, um das Konzert ONE WAY SYSTEM zu stören, werden jedoch von den anwesenden Punks durch die Stadt gejagt.
7.7. Ein 14-jähriger wird von Nazis mit Baseballkeulen zusammengeprügelt und muß mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.
10.7. Ein chinesischer Doktorand der TU wird von mehreren Faschos zusammengeschlagen.
12.7. Ein 27-jähriger Student aus Pakistan wird an der Schwimmhalle (Wasserberg) zusammengeschlagen und mit einer Schreckschußpistole beschossen. Er wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.
15.7. Zwei TU-Praktikanten werden auf dem Weg von den Wohnheimen in die Innenstadt von 20 Faschos überfallen, wobei der 22-jährige Hatem Al-Syouri schwer verletzt wird. (später sagt ein Polizeisprecher: „Wäre er wirklich von 10 Leuten verprügelt worden, hätte er schwerere Verletzungen.")
29.7. Ein weiterer ausländischer Student wird an der Post verprügelt.

Anfang August sieht sich dann endlich auch der StudentInnenrat der TU Bergakademie genötigt, mittels eines Flugblattes auf die Überfälle auf die ausländischen Studenten aufmerksam zu machen und die Untätigkeit und Ignoranz der Polizei zu benennen. Schon vorher gab es in diesem Zusammenhang Pressemitteilungen des AJZ' s und des Schloßclubs, die aber entweder nicht veröffentlicht bzw. ignoriert wurden. Doch kurz vor der Demo (am 8.8.97) wurden die verantwortlichen PolitikerInnen gezwungen, einige Statements abzugeben. Gemeinsamer Tenor: „Ausländerhaß - so etwas darf es in der weltoffenen Stadt Freiberg nicht geben! " (zumindest nicht in der Öffentlichkeit)
Polizeichef Geyer: "In Freiberg gibt es keine rechtsradikale Szene - nicht mal im Ansatz."
Sozialdezement Timmel: "Sollte sich herausstellen, daß die Jugendlichen aus dieser Region stammen, und wir wissen, wo sie sich treffen, müssen wir etwas tun. Ich denke an den Einsatz von Streetworkern, denn Bestrafung ist nicht alles. Wir müssen vorbeugen ..."

Diese Leugnung des Naziterrors geht einher mit der sogenannten „akzeptierenden Jugendarbeit", die den Nazis genügend Raum/Geld gibt, um ihre Aktivitäten fortzusetzen. So hielt 1996 ein Mitglied der DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat) im Jugendclub „ABF" eine Rede im Braunhemd(sic!) und klärte die versammelten Jugendlichen darüber auf, wie wichtig es wäre, sich fester zu organisieren. Wäghrend der Großteil der Neonazis, die während und nach der Wende aktiv waren, weggezogen ist bzw. sich aus den „politischen Zusammenhängen" zurückgezogen hat (so blieben von den sechs Nazis, die 1992 aus Freiberg an der Hetendorfer Tagungswoche teilgenommen hatten, nur einer „bei der Sache"), agiert eine Handvoll Hardcore-Nazis weiter im Verdeckten.
Neben den Verboten staatlicherseits trug vor allem ein breiter antifaschistischer Widerstand zur Schwächung der organisierten Faschos in der Region bei.


Corps "Saxo-Borussia" Stand auf dem Uni-Fest 1996 in der Freiberger Innenstadt.

Am 8. August 1997 fand in Freiberg eine sehr kurzfristig von Bündnis 90/ Grüne initiierte Demonstration gegen Ausländer- und Fremdenhaß statt, an der ca. 150 Menschen teilnahmen. Während der Demo konnten einige stadtbekannte Faschos durch ihre Anwesenheit provozieren und den "Hitlergruß" zeigen, ohne daß dies eine Reaktion der anwesenden Polizei nach sich zog. Wenige Minuten später schlugen diese 5-6 Nazis erneut einen Immigranten in der Freiberger Innenstadt nieder (Korngasse/Fischerstr.)!

In letzter Zeit versuchen einige langjährige Nazikader (z.B. Ingolf Fritz, der maßgeblich an der Koordinierung im Vorfeld des Münchner Aufmarsches für die Region beteiligt war) mit rassistischer Propaganda an die Öffentlichkeit zu gehen. Es steht zu befürchten, daß die Nazis, die es in den letzten Jahren nicht vermochten, feste Strukturen im Landkreis aufzubauen, den Versuch unternehmen, verbindliche Strukturen zu etablieren. Auch werden Kontakte nach außerhalb (z.B. zu Skins88 in Chemnitz oder aber auch die Anwesenheit von Freiberger Boneheads als „Anti-Antifa-Patrouille" bei der Deutschen Gästewoche in Altenberg) intensiviert. Aber auch die „Salon-Rechte" ist aktiv; so organisierte die Junge Union Freiberg einen Themenabend mit dem Titel „Leben und Wirken in studentischen Verbindungen" - erstaunte Antifas sahen sich dort „Studenten" des ultrarechten „Verein d. deutschen Studenten" mit Wehrmachts-T-Shirts gegenüber und die Nachwuchs-CDUler grüßten sich auch schon mal mit „Rotfront, verreckel" oder beschimpften einen Schwulen als abartig und krank.

Noch sind feste Nazi-Strukturen im Aufbau begriffen.
Noch ist nicht alles zu spät.
Deshalb hat eine Demo zum jetzigen Zeitpunkt Sinn und hilft, für das Problem zu sensibilisieren.

Kommt alle zur antifaschistischen-antirassistischen Demonstration am 1.11. nach Freiberg.
Gegen die Etablierung faschistischer Strukturen vorgehen!
Der Konstruktion einer „völkischen Einheit" entgegentreten!

DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND GEMEINSAM ORGANISIEREN
KEINE RÄUME UND ORGANISATIONSMÖGLICHKEITEN FÜR NAZIS !
SAGT NICHT, IHR HÄTTET NICHTS GEWUSST !

UnterstützerInnen melden sich bitte bis 2.10. im AZ Barrikade, Münzbachtal 118, Freiberg.

Das Vorbereitungsplenum findet am Sonntag, dem 5.Oktober'97 um 14 Uhr in den Räumen des Autonomen Zentrums "Barrikade", Münzbachtal 118, 09599 Freiberg statt. Dazu laden wir die VertreterInnen der UnterstützerInnengruppen und Interessierte herzlich ein.

Eure Antifa Freiberg



DEMONSTRATION: 1. NOVEMBER 1997
14.00 UHR, OBERMARKT FREIBERG



Mystery Of Information

– Information-Wiederbeschaffung –

Gewagte Ankündigung **Oktober `97**

Wir basteln seit längerem an einer Website zum Thema Computersicherheit und Medienpolitik.
Da der Zugang zum WWW (Internet) trotz allen Hypes auch heute noch relativ wenigen Menschen offen steht, wollen wir diese Website auch als Diskette für den Hausgebrauch verbreiten.
Zusätzlich überlegen wir, Teile daraus auch auf Papier zu veröffentlichen (als Broschüre, Zeitungsbeilage o.ä.). Das wird vor allem eine Kostenfrage sein
Da Computersicherheit oft nicht warten kann oder sollte und unser Projekt sich hinzieht, wollen wir hier ein paar Antworten auf häufig gestellte Fragen geben. Kaum etwas davon ist wirklich neu, das meiste schon irgendwo nachzulesen gewesen, aber besser einmal zu oft gesagt als einmal zu wenig. Wer am Computer „sensible" Daten bearbeitet und mit den folgenden Ausführungen nichts anzufangen weiß, sollte sich unbedingt persönlich beraten lassen vom lokalen Computer-Guru!

** Wie sorge ich dafür, daß ich mir keine Sorgen machen muß, wenn morgen früh die Tür eingetreten wird und Schönbohms Büttel meinen Computer mitnehmen?*

Es ist praktisch unmöglich, an einem Computer so zu arbeiten, daß 100%ig keine unerwünschten Daten im Speicher (der Festplatte) verbleiben. Egal, mit welchem Betriebssystem (meist Windows und/oder MS-DOS) gearbeitet wird, welche Programme (z.B. Word, Exel...) benutzt werden, es ist immer damit zu rechnen, daß unkontrollierbar Daten im Speicher landen. Es gibt nur zwei sichere Mittel, um dem abzuhelfen:

- Entweder die *gründliche und regelmäßige Reinigung der Festplatte*, oder die *komplette Verschlüsselung der Festplatte.* Beides soll hier kurz erläutert werden:
Reinigung der Festplatte bedeutet, daß - in dieser Reihenfolge -
1.) alle unerwünschten Dateien nach der Arbeit gelöscht werden (dazu gehören z.B. die Windows-3.1-Auslagerungsdatei namens „386spart.par" sowie „temporäre" Dateien, die u.a. beim Schreiben von Texten und beim Ausdrucken entstehen und oft mit dem Kürzel „.tmp" enden);
2.) bestimmte Dateien daraufhin überprüft werden, ob sie unerwünschte Einträge enthalten (vor

allem Dateien, deren Namen auf „.ini" enden), die ggf. geändert werden müssen;
3.) alle „freien Bereiche" des Speichers überschrieben werden, also alle Bereiche, die nicht durch eine Datei belegt sind;
4.) die „freien Bereiche" am Ende der Dateien überschrieben werden.
Das Überschreiben kann z.B. mit dem Programm „Wipeinfo" von Norton gemacht werden, dessen Konfiguration so eingestellt werden sollte, daß es wenigstens 20fach überschreibt.
Verschlüsselung der Festplatte bedeutet, daß ein möglichst großer Teil der Festplatte mit einem dafür geeigneten Programm verschlüsselt wird. Um den Rechner noch starten zu können, muß ein kleiner Teil der Festplatte unverschlüsselt bleiben. Die Installation eines Festplatten-Verschlüsselungs-Programmes und die vorher notwendige Bearbeitung der Festplatte erfordert einige Kenntnisse und sollte nur von Fachkundigen durchgeführt werden. Wenn die Installation einmal gelungen ist, sind damit nicht in jedem Fall alle Reinigungsmaßnahmen überflüssig, aber immerhin ein Teil davon, und das Reinigen des unverschlüsselten Teils der Festplatte geht schneller.

* *Was für Verschlüsselungsprogramme soll ich benutzen?*

Das Verschlüsselungsprogramm PGP ist weit verbreitet und leicht zu bekommen: Bei Bekannten, im Netz, als Diskette samt Buch in Buchhandlungen. PGP ist gut geeignet zum Verschlüsseln von einzelnen Dateien und von E-Mails. Es gibt PGP-"Oberflächen" für praktisch alle Betriebssysteme.
Zum Verschlüsseln von Festplatten gibt es die beiden Programme SFS Secure File System und Secure Drive. Beide Programme sind für MS-DOS geschrieben. Das heißt, daß beide mit den Betriebssystemen OS/2 und WindowsNT nicht funktionieren, mit Windows95 zumindest SFS nicht.
Diese drei genannten Verschlüsselungsprogramme halten wir für gut. Programme, die auf der offiziellen US-Norm (DES) beruhen, sind hingegen Müll. Dazu gehören PC Secure, Norton Diskreet, sowie diverse Verschlüsselungs-Optionen von Text- oder Komprimierungsprogrammen.
Die Sicherheit der Verschlüsselung steht und fällt darüberhinaus mit der Stärke des Paßwortes (Mantra). Ein Mantra muß mindestens 17 Zeichen lang sein, um ansatzweise bruchsicher zu sein, zu empfehlen ist eine Länge von über 40 Zeichen.
Wir gehen davon aus - natürlich ohne Gewähr -, daß keine deutsche Behörde solcherart verschlüsselte Daten knacken kann.

* *Worauf basiert diese Einschätzung?*

Es gibt praktisch kein 100% sicheres Verschlüsselungsprogramm, und nur der US-Geheimdienst NSA kann letztlich sagen, welches der bekannten Programme das sicherste ist. Es gibt aber Orientierungshilfen zur Beurteilung der Sicherheit eines Programmes. Dazu gehört, ob der Quellcode des Programmes öffentlich zugänglich ist und so von anderen ExpertInnen überprüft werden kann;
ob das Programm über eine glaubwürdige „Geschichte" verfügt und über einen längeren Zeitraum von vielen Menschen getestet wurde;
ob die mathematischen Grundlagen des Programmes in der öffentlichen Diskussion als seriös eingeschätzt werden;
ob mit den öffentlich bekannten Methoden das Knacken des Programmes aufwendiger ist als bei anderen vergleichbaren Programmen.
(Siehe dazu auch das Standard-Werk von B.Schneier „Angewandte Kryptographie")
Darüberhinaus gibt es praktische Erfahrungen in den letzten paar Jahren (u.a. im radikal-Verfahren), die die Vermutung nahelegen, daß deutsche Polizeibehörden noch nicht in der Lage sind, gewöhnliche Verschlüsselungsmethoden zu brechen, und deutsche Geheimdienste zwar DES-Verschlüsselung, nicht aber PGP knacken können.

* *Was ist Steganographie, und soll ich sie benutzen?*

Steganographie bedeutet das Verstecken von Daten in anderen, scheinbar harmlosen Daten, etwa Bildern, Klangdateien etc. Inzwischen gibt es dazu sogar ein paar leicht zu bedienende Stegano-Programme im Netz. Hierbei ist große Vorsicht angeraten! Solche Programme werden meist von Computer-Freaks entworfen, und niemand hat bisher genau überprüft, wie sicher sie wirklich sind. Die meisten sind nur solange sicher, solange die bearbeiteten Dateien nicht genauer untersucht werden. Manche sind schon durch einfache Mittel zu erkennen, einige am Bildschirm gar mit bloßem Auge.
Es kann durchaus sinnvoll sein, verschlüsselte Texte steganographisch zu verbergen, so daß sie z.B. bei der Untersuchung einer Diskette übersehen werden. Die Sicherheit beruht also im wesentlichen auf guter Tarnung, d.h. dem Anschein der Harmlosigkeit und einer dazu passenden Legende. Es wäre dagegen äußerst unklug, im Internet über einen Remailer (s.u.) steganographisch getarnte Nachrichten auszutauschen, da die Benutzung des Remailers die Nachrichten gerade verdächtig macht!(Siehe dazu auch in der Computer-Zeitschrift c't 6/97 Seite 330-336 mit einer Beurteilung diverser Stegano-Programme)

** Was ist ein Stealth-Programm?*

„Stealth" ist keine Steganographie, versteckt also keine Daten, sondern entfernt die „Header" von PGP-verschlüsselten Dateien; das sind die Daten, aus denen hervorgeht, daß es sich um eine PGP-Datei handelt, wie groß sie ist und wann sie erstellt wurde.

** Wird mein Computer abgehört?*

Wahrscheinlich nicht. Es ist zwar möglich, insbesondere das Monitor-Bild aufzufangen, aber das ist aufwendig und wird sicherlich nur in besonders schwerwiegenden Fällen (bzw. wenn es um viel Geld oder Macht geht) von Geheimdiensten eingesetzt. Auf polizeilicher Ebene ist so etwas höchstens dem BKA zuzutrauen.

** Angeblich soll PGP längst geknackt worden sein oder gar vom US-Geheimdienst selbst stammen...?*


Es gibt immer wieder Gerüchte über die (Un-) Sicherheit von Verschlüsselungsprogrammen. Mal ist es ein Spinner, der im Internet behauptet, die NSA knacke Codes mithilfe von in UFOs gefundenen Zeitmaschinen, dann wieder gibt es eine Spekulation in einer Newsgroup der Krypto-Szene, der britische Geheimdienst habe IRA-Daten geknackt und dabei könne es sich doch eigentlich nur um PGP handeln; zuletzt war in einem windigen Buch über den deutschen BND zu lesen, der PGP-Autor P.Zimmermann werde vom BND als Agent der CIA und/oder NSA verdächtigt...
Leider ist hier seriöse Information oft nicht von gezielter Desinformation oder Spinnerei zu trennen. Da ein Programm wie PGP angeblich inzwischen weltweit von wichtigen staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen benutzt wird, ist es auch Gegenstand geheimdienstlicher Intrigen und Machtkämpfe.
Sollte PGP aber tatsächlich von der NSA zu knacken sein, so ist es sehr wahrscheinlich, daß dieses Wissen nicht an andere Dienste weitergegeben wird, um sich das Monopol zu erhalten; außerdem wird diese Trumpfkarte wohl kaum gegen wenig bedeutende Gegner wie etwa deutsche Linksradikale eingesetzt werden.

** Wie sicher ist Kommunikation im WWW (=Internet)?*

Elektronische Kommunikationswege können vollständig und unbemerkt überwacht werden, es ist nur eine Frage der technischen Kapazitäten. Niemand weiß, wie viele E-Mails von den Geheimdiensten und Polizeibehörden heute schon unterwegs aufgefangen, gespeichert und bearbeitet werden. Wenn sie schon nicht die Nachricht selbst lesen können, können sie doch ermitteln, wer an wen etwas schickt, wann, in welchem Umfang, ob verschlüsselt oder nicht... diese sog. „Verbindungsdaten" können sehr informativ sein für die Schnüffler. Und einiges werden sie aufheben für den Tag, an dem sie das Verschlüsselungsprogramm brechen können.
Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind in Deutschland als Fernmelde-Überwachungs-Verordnung, Telekommunikationsgesetz und Multimedia-Gesetz in den letzten zwei Jahren von einer großen Koalition im Bundestag durchgepeitscht worden. In anderen Ländern sieht es meist nicht besser aus.
Sicher wird nicht jede E-Mail abgefangen, genausowenig wie jedes Handy-Gespräch abgehört wird. Doch das systematische und automatisierte Auswerten der Internet-Kommunikation ist im Verhältnis weniger aufwendig als das herkömmliche Telefon-Abhören und der „Markt der Zukunft" für Geheimdienste und Sicherheitsbehörden.

** Was ist ein Internet-Remailer?*

Als Gegenmittel gegen die eben beschriebenen Überwachungen wurden in der Netz-Szene sog. Remailer erfunden. Das sind Rechner an Netz-Knotenpunkten, die E-Mails weiterleiten und anonymisieren, indem sie die Absender-Angaben löschen. Diesem System sollte mit großer Vorsicht begegnet werden. Es gibt Hinweise, nach denen Geheimdienste einige der Remailer direkt selbst betreiben. Bei anderen werden sie sich an die Ein- und Ausgänge heften und können so die Anonymisierung wirkungslos machen. Zudem sind BetreiberInnen von Remailern auch nur Menschen, das heißt, sie sind mglw. erpreßbar oder unzuverlässig, können Opfer von offiziellen Beschlagnahmen und Durchsuchungen werden, sind in Deutschland gesetzlich verpflichtet, die Sicherheitsbehörden zu unterstützen, und schließlich neigen alle Computer und ihre BenutzerInnen dazu, viel mehr Daten aufzuheben als erwünscht ist. Remailer bieten einen guten Schutz im E-Mail-Verkehr untereinander, jedoch nicht gegen staatliche Überwachung. Für wirklich brisante Nachrichten sollte lieber eine gute Tarnung verwendet werden als ein Remailer.



** Was kommt als nächstes?*

Die staatliche Reglementierung der Verschlüsselung wird irgendwann in den nächsten Jahren kommen. Aber keine Sorge, es wird weiter möglich sein, zu verschlüsseln. Allerdings wird über entsprechende Verordnungen oder Gesetze die Gefahr bestehen, daß Durchsuchungen und Beobachtungen über den „Verdacht des Verstoßes gegen das Kryptogesetz" legalisiert werden und der Verstoß auch bestraft wird, was neue Einfallstore für Polizei und Justiz in Sachen Repression bedeutet.

Das Internet wird durch Gesetze und den „freien Markt" befriedet und geregelt werden. Es werden höchstens Nischen übrigbleiben für linke Opposition, und die sind besser überwachbar als sonst ein Medium.

Neue Betriebssysteme für Computer (wie WindowsNT) und neue Vertriebsformen (Software-Vermietung per Internet) werden die Kontrollmöglichkeiten für Behörden und Konzerne verbessern und das sichere Arbeiten an Computern erschweren.

Über den Zwang zum Netz-Anschluß, z.B. indem NetPCs nur noch online (Mietung von Textprogrammen) benutzt werden können, bieten sich weitere Einfallstore für Überwachungsmaßnahmen.



Papiertiger

Archiv und Bibliothek linker und sozialer Bewegungen

Cuvrystraße 25
10997 Berlin
Tel.: 618 30 51

WIR SUCHEN:

- Aktenordner
- Hängeregistraturschränke
- dazugehörige Hängemappen bzw. Hängetaschen
- diverses Büromaterial
- mehr Mitglieder, mehr Geld

Falls ihr was für uns habt, ruft an oder kommt vorbei.
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO 11-18, MI 14-19, DO 14.30-18

Das EX macht zu!

DAS EX WIRD ANFANG FEBRUAR ZUMACHEN!!!
WIR ALS KOLLEKTIV HÖREN AUF UND BEENDEN DIE FAST 15-JÄHRIGE GESCHICHTE DIESER KNEIPE.
GENAUERE HINTERGRÜNDE UND EINSCHÄTZUNGEN WERDEN WIR ENDE OKTOBER ÖFFENTLICH MACHEN. IM MOMENT SIND WIR NOCH MITTEN IN DER KOLLEKTIVINTERNEN DISKUSSION:

UM AUS DEM LADEN OHNE SCHULDEN RAUSZUKOMMEN, MÜSSEN WIR GELD AUFTREIBEN! WIR WERDEN DESHALB AB SOFORT MIT EINER SOLISTRUKTUR ARBEITEN UND ES SOLLEN VIELE PARTIES, VERANSTALTUNGEN, KONZERTE etc. STATTFINDEN. KLINKT EUCH EIN, WENN IHR UNS UNTERSTÜTZEN WOLLT!

VIELLEICHT HABT IHR TOLLE IDEEN, WAS NACH UNS HIER SEIN KÖNNTE?
VIELLEICHT SEID IHR EINE GRUPPE MIT`NEM TOLLEN KONZEPT?
BIS MITTE NOVEMBER HABT IHR ZEIT, EUCH BEI UNS zu MELDEN, FALLS IHR DIE RÄUME ÜBERNEHMEN WOLLT.

Stadtteilladen Zielona Góra

Grünberger Straße 73 - Berlin-Friedrichshain
Tel.: 2 29 24 71

Die AG Internationale Solidarität der Gruppe felS präsentiert am **Donnerstag, den 16.10. um 19.30 Uhr** im Stadtteilladen Zielona Góra die Veranstaltung:

Nicaragua zwischen neoliberaler Anpassung und sozialer Revolution

mit dem Dokumentarfilm 'Quetzalcoatl, Sandino und die Weltbank' (über das Leben von Straßenkindern in Managua) und einem Vortrag mit Dias zur aktuellen Regierungspolitik und dem sozialen Widerstand dagegen

■ Donnerstag, 16. 10, 19.30 Uhr
AG Internationale Solidarität:
Film, Dias und Vortrag über Nicaragua

■ Donnerstag, 23. 10., 19.30 Uhr
Comité Colombia/Kolumbien-Komitee
gründet sich und sucht MitstreiterInnen, die gegen den schmutzigen Krieg in Kolumbien aktiv werden wollen ■

■ Dienstag, 28. 10., 18.30 Uhr
OFFENES AKTIONSTREFFEN
gegen die BVG-Preiserhöhungen
Die BVG will schon wieder die Preise erhöhen. Wer will mit uns dagegen aktiv werden? ■

■ Freitag, 4. November, 22 Uhr
Ché lebt! Tanzbar mit Live-Musik ■

Zwischen den Fronten

Frauen aus Irland zur aktuellen politischen Situation

- feministische Positionen
- konfessionsübergreifende Zusammenarbeit von Frauen
- Friedensfrage als soziale Frage

Tagesseminar (Teilnahme kostenlos)
Sa. 18.10.97 11.00 - 21.00
literaturWerkstatt
Majakowskiring 46-48, Berlin-Pankow
Podiumsveranstaltung
So. 19.10.97 19.00
Nauener Tor, Potsdam

(auch für Männer)

Dazu zeigt die Umwelt-Bibliothek vier Filme:

Mittwoch 15.10.1997 "Bambule" Spielfilm von Ulrike Meinhof

Mittwoch 22.10.1997 "todesspiel" (1. Teil) /dokumentarischer Spielfilm

Mittwoch 29.10.1997 "todesspiel" (2. Teil) /dokumentarischer Spielfilm

Mittwoch 05.11.1997 "Deutschland im Herbst" Episodenfilm von elf Regisseuren wie Fassbinder, Kluge, Reitz und Schlöndorff

Alle Veranstaltungen beginnen 20.30 Uhr, Eintritt frei

Veranstaltungsort:
Umwelt-Bibliothek Berlin,
Schliemannstr. 22, Berlin-Prenzlauer Berg

Öffnungszeiten der Umwelt-Bibliothek Berlin

Archiv
Di ab 20 Uhr,
Mi und Do 13-16 Uhr

Infocafe
Mo. Di, Mi ab 20 Uhr,
Fr (Frauencafe) ab 20 Uhr
Sa (Frühstücksbuffet) ab 12 Uhr

Beratungen
KdV-Beratung Mo 18-20 Uhr
Anti-Sekten-Beratung Do ab 21 Uhr

ReferentInnenrat des Stude[illegible]nnenparlaments der
Humboldt-Universität zu Berlin

Filmreihe vom 13. bis 27. Oktober 1997
„Deutschland im Herbst"

- **Projekt Arthur** (BRD 1987, 72 Min.) - Vorführtermin: **13.10.**
  Regie: Medienwerkstatt Freiburg

- **Sie würden uns gerne im Knast begraben** (BRD 1989, 60 Min.) - Vorführtermin: **18.10.**
  Regie: Dortmunder Medienzentrum

- **„und plötzlich sahen wir den Himmel..."** (Uruguay/BRD 1997, 103 Min.)
  Vorführtermin: **15.10.**
  Produktion: Medienwerkstatt Freiburg

evtl. - Die bleierne Zeit (BRD 1981, 106 Min.) - 27.10.
  Regie: Margarethe von Trotta

- **Der subjektive Faktor** (BRD 1981, 138 Min.) - 20.10.
  Regie: Helke Sander

- **Es stirbt allerdings ein jeder - die Frage ist nur wie - und wie du gelebt hast** (BRD 1977)
  Regie: Renate Sami - 27.10.

- **Rot liegt in der Luft** (Le Fond de l'Air est rouge, Frankreich 1977, 242 Min.) - 22.10.
  Regie: Chris Marker



Vom 31.10. bis zum 02.11.97 findet in Kassel das bundesweite Nachbereitungstreffen der Innenstadt-Aktionswoche statt. Es soll auf diesem Treffen sowohl um die Reflexion der Aktionen in der Juniwoche gehen, als auch um die angedachte Planung weiterer Aktionen.

Informationen für interessierte Gruppen. gibt's Montags und Dienstags zwischen 10 und 12 Uhr unter 0561/17919.

Veranstaltung der Gruppe Venceremos:

Die Politik der RAF und der antiimperialistische Kampf -
Diskussion mit
Oliver Tolmein (Journalist)

22.Oktober 1997, 19.30 Uhr
Humboldt-Universität, Raum 303




Zeitgeschichte aus erster Hand

Adolf Burger, Prag,
Typograph, Autor und Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Sachsenhausen,

berichtet über:
Falschgeld aus dem KZ

Fakten und Hintergründe
eines der größten Fälschungsunternehmen der Geschichte in den Jahren der NS-Zeit
- mit Diskussion -

DI. 21.10.97 20°° UHR
BUCHLADEN SCHWARZE RISSE
MEHRINGHOF GNEISENAUSTR. 2A


Die Würde des Menschen ist unantastbar.
GG Art. 1
Profiteure sind es nicht